Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

DD
240
B3
1925

BARTELS

DD 240 B3 1925

YD 09115

Digitized by Google

ARY
THE
RSITY
OF
ORNIA

Digitized by Google

Stockton, Calif.
34 20

Der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung

von

Adolf Bartels

3. Auflage

Leipzig
Verlag von Theodor Weicher
1925

3 / 88
Digitized by Google

Von demselben Verfasser
erschien früher im gleichen Verlage:

Die Berechtigung des Antisemitismus

Eine Widerlegung der Schrift von Herrn
v. Oppeln-Bronikowski „Antisemitismus"

Preis 50 Pfg.

Früher erschien:

Adolf Bartels · Die deutsche Not

2. Auflage / Lexikon 8° / Deutsche Schrift

Preis 1.50 Mark

(Verlag von Albert Falkenroth in Bonn)

Zu beziehen auch von Theodor Weicher in Leipzig

Digitized by Google

1.

Der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung

von

Adolf Bartels

Dritte Auflage

Leipzig
Verlag von Theodor Weicher
1925

Digitized by Google

3
Copy
7
1
47

Seinem Landsmann

dem Grafen Ernst zu Reventlow

in Verehrung

Adolf Bartels

Haupt-Archiv
der NSDAP.
München
Nr.

Alle Rechte vorbehalten.

Digitized by Google

DD240
B3
1925

Der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung.

Die Annahme des Dawes-Gutachtens durch den Deutschen Reichstag, die durch den Umfall der halben Deutschnationalen Volkspartei möglich wurde, hat den vernünftigen Deutschen das letzte Vertrauen auf Parlamentarismus und Parteiwesen genommen. Auch die Bestrebungen der Deutschnationalen Volkspartei, in die Regierung hineinzugelangen, d. h. in diesem Fall, mit Marx und Stresemann eine Gemeinschaft zu bilden, haben auf weite Kreise unseres Volkes geradezu anekelnd gewirkt. Man sagt sich: Wenn eine Partei, die sich doch in der Hauptsache aus gebildeten, ja nach den alten gesellschaftlichen Begriffen vornehmen Leuten zusammensetzt, aus Opportunitätsgründen (um den mildesten Ausdruck zu wählen) sich mit Parteien zusammenschließt, die mit der Internationale im Bunde gestanden haben und noch stehen, und, um einen äußeren Erfolg zu erzielen, ein Gutachten annimmt, das, wie sie selber immer wieder behauptet hat, das deutsche Volk auf Geschlechter hinaus versklavt, dann liegt entweder eine furchtbare sittliche Herabgekommenheit oder eben die Wirkung eines verderblichen Systems vor, das dem einzelnen nicht gestattet, seiner natürlichen und gesunden Empfindung zu folgen. Man hat die Annahme des Gutachtens auch milder, auf psychologische Art zu erklären versucht: die ermüdete deutsche Seele habe den Glauben an die vorgespiegelten Erleichterungen aus innerer Not heraus gefaßt. Demgegenüber hat man aber auch von abkommandierten Jasagern, nach der Art, wie sie in der früheren nationalliberalen Partei beliebt war, gesprochen. Dann ist der Eintritt in die Regierung Marx-Stresemann trotz langer Verhandlungen doch nicht erreicht und der Deutsche Reichstag (am 20. Oktober) aufgelöst worden. Es dürfte sich empfehlen, eine nichtreichsdeutsche Pressestimme über die ganzen Vorgänge, die zu den neuen Wahlen führten, wiederzugeben. Die Wiener „Deutsch-österreichische Tageszeitung", Folge 291 vom 21. Oktober, schrieb:

> Als in den ersten Maitagen dieses Jahres die Bevölkerung des Reiches zur Wahlurne schritt, stand es außer Zweifel, daß von diesem Votum auch eine Entscheidung über die Führung der deutschen Außenpolitik erwartet wurde. Hie Erfüllungspolitik — hie Kampf gegen die Schuldlüge und Versailles!

Digitized by Google

Das war die Losung. Das Resultat dieses Volksentscheides war unverkennbar ein starker Ruck nach rechts, der in den Wahlerfolgen der Völkischen und besonders der Deutschnationalen deutlich zutage trat. Man hätte nun erwarten sollen, daß das Wahlergebnis in der Zusammensetzung der Reichsregierung und der Führung der deutschen Politik seinen Ausdruck finden werde. Gerade das Gegenteil aber geschah. Durch allerlei parlamentarische Ränke — Herr Ebert weiß, was er tut — verstand man es zu verhindern, daß die Deutschnationalen, die als stärkste Partei unbestreitbaren Anspruch darauf hatten, in die Regierung kamen, und das alte erfüllungstüchtige Kabinett Marx-Stresemann kehrte wieder. Das war eine direkte Verfälschung des Wahlergebnisses und zugleich der erste Skandal. Und nun folgte die Fortsetzung, wie man sie eben von Marx und Stresemann erwarten mußte. Es ist nicht viel, was der neue Reichstag unter dieser Führung verbrochen hat, um so schwerer fällt es aber ins Gewicht. Londoner Abkommen und Dawes-Gesetze, in diesen wenigen Worten erschöpft sich das Ergebnis, dessen Tragweite freilich dem deutschen Volke schon die nächste Zukunft zum Bewußtsein bringen dürfte. Daß die Fortsetzung der alten Erfüllungspolitik, die in der Unterzeichnung eines neuen Diktates gipfelte, von den Deutschnationalen selbst, die doch durch den Wahlausgang zu Vorkämpfern eines neuen Kurses bestimmt waren, ermöglicht wurde, ist das tragische Moment in dieser Entwicklung. Nun haben sie für ihren Umfall, ihren Drang zur Krippe, den gebührenden Lohn erhalten. Einbeziehung in die Regierung hatte man ihnen versprochen und wochenlang führte man sie an der Nase herum, obwohl Marx und Stresemann wohl von vornherein nicht daran dachten, den Wechsel, den sie ausgestellt hatten, einzulösen. Es war ein abgekartetes Spiel, und nun, da der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, kann er gehen. — Die Zelonie, die da mit der heuchlerischen Miene der Unschuld in Szene gesetzt wurde, ist bezeichnend für den Tiefstand der politischen Sitten in der deutschen Republik. Das Gefühl für Anstand und Ehrlichkeit auch in politischen Dingen scheint völlig geschwunden und an seine Stelle ostgalizische Schiebermoral als Alleinherrscherin getreten zu sein. Wir bedauern diese Tatsache nicht etwa aus Teilnahme für die Deutschnationalen, die ihr Schicksal redlich verdient haben, sondern um der Zukunft des deutschen Volkes willen. Die Auflösung des Reichstages ist ein Triumph der Vertreter des Händlergeistes, die nun mit einer tiefen Verdrossenheit jener Schichten rechnen, auf deren Konto der Ruck nach rechts bei den letzten Wahlen zu setzen war. Sie werden sich aber hoffentlich verrechnet haben. Von ausschlaggebender Bedeutung wird dabei sein, daß in der deutschnationalen Partei endlich die nicht mehr zu umgehende Scheidung der Geister und Gesinnungen Platz greift. Diese Scheidung allein wird freilich noch nicht genügen. Immer deutlicher zeigt es sich, daß der Urgrund des deutschen Elends in dem unseligen Parlamentarismus zu suchen ist. Erst wenn dieser seine Rolle ausgespielt, wird man mit einer wirklichen Gesundung der deutschen Verhältnisse rechnen

Digitized by Google

dürfen. Nicht von den Zufallsabstimmungen schwankender Wählermassen darf das Schicksal des deutschen Volkes abhängen, es muß in den verläßlichen Händen entschlossener, pflichtbewußter Führer ruhen.

Da scheint mir — ich habe das Wichtigste unterstrichen — deutlich herausgesagt, was die Parteizeitungen im Reiche wohl nach wie vor vertuschen werden. Doch kann ich die Verantwortung für die Behauptung, daß Fritz Ebert der treibende Mann gewesen sei, natürlich nicht übernehmen. Von einem tragischen Moment im Hinblick auf die Deutschnationale Volkspartei kann in der Tat schwerlich die Rede sein, wohl aber im Hinblick auf das deutsche Volk. Es ist sehr bezeichnend, daß auch die Wiener (nicht etwa nationalsozialistische) Zeitung den Urgrund des deutschen Elends in dem Parlamentarismus findet. Damit wird die antiparlamentarische Bewegung, die vor allem im deutschen Nationalsozialismus verkörpert ist, als berechtigt hingestellt.

Als Gegensatz zu der Auslassung der Wiener Zeitung möge hier dann die Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk für die Neuwahlen abgedruckt sein (21. Oktober):

Nach kurzer Zeit steht das deutsche Volk wiederum vor der Aufgabe, einen neuen Reichstag zu wählen. Im alten Reichstag hatte die Regierung keine feste arbeitsfähige Mehrheit. Die mannigfaltigen, ernsthaften Bemühungen, eine solche zu schaffen, führten nicht zum Ziele. Letzten Endes scheiterten sie deshalb, weil die noch unter den Nachwirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs getätigten Wahlen vom 4. Mai die radikalen Elemente allzusehr gefördert und dadurch eine Aufbauarbeit der übrigen Parteien außerordentlich erschwert hatten. Das Wohl des deutschen Volkes erfordert, daß dieser Mangel durch die Neuwahlen beseitigt wird. Nachdem der Londoner Pakt angenommen und seine Durchführung bereits eingeleitet worden ist, muß die mit schweren Opfern, aber mit sichtbarem Erfolge geführte Politik der Regierung folgerichtig fortgesetzt und für die Zukunft erhalten bleiben. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hat eine richtige Entwicklung der deutschen Politik nach außen und im Innern zur Voraussetzung. Diese aber ist nur dann gesichert, wenn sich alle am Wiederaufbau beteiligten Parteien geschlossen auf den Boden der Verfassung stellen und diese gegen jeden ungesetzlichen Angriff, gleich, von welcher Seite er kommen mag, verteidigen. Die radikalen Elemente sollen durch die Neuwahlen ausgeschaltet werden. Ist es nicht eine Schande, daß der Deutsche Reichstag mit polizeilicher Hilfe tagen muß und sich Extreme von rechts und links die Hände reichen, seine Arbeit zu sabotieren? Soll das deutsche Volk im Innern wieder gesunden und soll nach außen die neu gewonnene Geltung erhalten und gewahrt werden, so muß die Regierung sich auf eine feste Mehrheit stützen können. Auch die Parteizersplitterung der letzten Wahlen steht dem entgegen. Es dürfen nicht, wie am 4. Mai, nahezu eine Million Stimmen vergeblich abgegeben werden. Nicht in der Zersplitterung

Digitized by Google

liegt das Heil, sondern im Streben zum Ganzen und für Einheit. Möge sich das deutsche Volk von diesen Gesichtspunkten leiten lassen, wenn es bei der kommenden Wahl über seine Zukunft entscheidet!

Es ist das ein höchst merkwürdiges Dokument. Die Zahl der dem Reichstag angehörigen Mitglieder des völkischen Blocks (Deutschvölkische Freiheitspartei, Deutschsoziale Partei und Nationalsozialisten) und der kommunistischen Partei betrug zusammen 98, also nur ein reichliches Fünftel des Ganzen, es hätten daher die übrigen Parteien, wenn sie zusammengehalten hätten, mehr als eine Zweidrittelmajorität gehabt. Aber die Sozialdemokraten und auch die Demokraten wollten nicht mit den Deutschnationalen zusammengehen, obgleich diese ihre Unterwürfigkeit dem Judengeiste gegenüber durch die Annahme des Dawes-Gutachtens doch ganz deutlich bewiesen hatten, und im besonderen die Demokraten verhinderten dann auch noch das Zustandekommen eines sog. Bürgerblocks. Was die tiefere Ursache war, die alte Abneigung der demokratischen und republikanischen Linken gegen die vermeintlich aristokratische und monarchische Rechte oder reiner Brotneid, möge die spätere Geschichtschreibung feststellen. Die Wortbrüchigkeit der Regierung bleibt wohl unter allen Umständen Tatsache, und da wird denn nun in der Kundgebung die schöne Phrase von der Schande, „daß der Deutsche Reichstag mit polizeilicher Hilfe tagen muß und sich Extreme von rechts und links die Hände reichen, seine Arbeit zu sabotieren" vorgeschoben. Soviel ich weiß, hat aber die Nationalsozialistische Freiheitspartei, der völkische Block keine Sabotage getrieben, eine Rechtspartei ist er auch nicht — also Regierungshetze, um den gefährlichsten Feind oder, wie man auch sagen könnte, die besten Vertreter des Deutschtums zu verdächtigen und damit zugleich von der eigenen Schuld abzulenken! Über die Lobhudelei der Erfüllungspolitik braucht man kaum ein Wort zu verlieren: der „sichtbare Erfolg" wird sich sehr bald in blauen Dunst auflösen, wenn die mit dem Londoner Pakt übernommenen schweren Opfer gebracht werden müssen. Kein vernünftiger Deutscher bezweifelt, daß die heute scheinbar herrschende „Ruhe" weiter nichts als eine Galgenfrist ist. Aber das deutsche Volk ließ sich wirklich wieder dumm machen und die neuen Wahlen brachten eine Stärkung der Parteien der Mitte von der Sozialdemokratie über Zentrum und Demokraten bis zur Deutschen Volkspartei — wir Nationalsozialisten haben es nicht einmal bedauert, denn der große Bankerott der Judenparteien muß ja erst kommen, ehe wir unsere aufbauende Arbeit beginnen können, und zu dem Zwecke ist es nötig, daß sie einstweilen noch am Ruder bleiben.

Es wird heute als Beleidigung angesehen und bestraft, wenn man die deutsche Republik eine Judenrepublik nennt — der von den angeblich freiheitlichsten Parteien eingesetzte Gerichtshof zum Schutz der Republik hat

Digitized by Google

das auf ihn gesetzte Vertrauen nicht getäuscht. Nun kann man ja auch immerhin annehmen, daß ein großer Teil der heute regierenden Kreise sich der Abhängigkeit vom Judentume nicht voll bewußt ist, aber an der Tatsache der Judenherrschaft im heutigen Deutschen Reiche ist auf keinen Fall zu zweifeln, und sie wird auch jedermann klar, der sich mit den politischen Parteien, ihren führenden Männern, ihrem Pressewesen usw. etwas näher beschäftigt. Daß die deutsche Sozialdemokratie eine jüdische Gründung ist und immer unter jüdischer Führung gestanden hat, ist sozusagen schon weltgeschichtlich festgelegt, und wir haben für die deutschen Arbeiter, die das immer noch bestreiten zu können glauben, nur noch ein gewisses Bedauern übrig. Die ausgeprägteste Judenpartei waren freilich immer die Demokraten, und es macht uns ein großes Vergnügen, wenn ein moderner Epigrammatiker spottet:

Die demokratische Partei
Muß jeder gute Deutsche meiden —
Doch wer denn nun einmal dabei,
Lasse sich wenigstens beschneiden.

Weshalb das Zentrum, wenn nicht jüdisch, doch ausgesprochen judenfreundlich geworden ist, läßt sich unschwer verstehen: Es brauchte zu der und nach der Zerstörung des evangelischen deutschen Kaisertums einen Bundesgenossen, da es der mächtigen nationalen Woge allein nicht hätte standhalten können, und so fand es sich mit dem Judentum zusammen, das diese ebenfalls zu fürchten hatte. Ohne Zweifel, die Abneigung gegen die Juden ist auch unter den deutschen Katholiken sehr stark (in Deutschösterreich war die christlich-soziale Partei ja sogar programmatisch auf Antisemitismus festgelegt), aber das durfte nun nicht mehr hervortreten, und so ließen denn der Kardinal Faulhaber und der (spätere) Reichskanzler Marx ihre den Antisemitismus verdammenden Reden los, natürlich vom Standpunkte der christlichen Menschenliebe, der wohl für den fremden internationalen Juden, aber für den völkischen Blutsgenossen nicht gilt. Über die Stellung der Deutschen Volkspartei zum Judentum braucht man kein Wort zu verlieren, der eine Name Stresemann sagt da alles. Der Mann fängt nun zwar an, ein wenig komisch zu werden: es macht einen lachen, wenn er verkündet, die Wirtschaft allein sei noch nie das Schicksal eines Volkes gewesen, dieses sei bestimmt durch die Einstellung zu den großen Ideen und Idealen. Wahrscheinlich hegt er das Ideal, daß jeder Deutsche eine Jüdin heiraten müsse — dann seien alle Schwierigkeiten gelöst und wir könnten im Bunde mit dem Weltjudentum glücklich werden. — Das Verhältnis der Deutschnationalen Volkspartei zum Judentum ist natürlich nicht so einfach wie das der jüdisch verheirateten Deutschen Volkspartei —

Digitized by Google

ohne Zweifel sind manche überzeugte Antisemiten in ihren Reihen, wie denn ja auch einige ehemalige antisemitische Reichstagsabgeordnete der Reichstagsfraktion angehören. Aber das Bindeglied zwischen Deutschnationalen und Juden besteht doch: es ist die kapitalistische Weltanschauung, von der sich ein großer Teil unseres deutschen Adels und auch der Gebildeten und Wohlhabenden bis auf diesen Tag nicht hat loslösen können. So führen die Herren zwar die Worte völkisch und christlich gern im Munde, sind aber beides nicht. Daß bestimmte Führer, wie die leider immer noch nicht erledigte Exzellenz Hergt sich dem Charakter nach wenig von den Marx und Stresemann unterscheiden und mit ihnen Arm in Arm gehen könnten, dürfte auch unschwer zu beweisen sein. Es ist also, wie wir nun zusammenfassend sagen wollen, ein ungeheurer marxistisch-bürgerlicher Parteienklüngel in Deutschland, der zum Teil auf das Judentum eingeschworen, jedenfalls ganz auf das Judentum und seine Weltwirtschaft eingestellt ist, und daher erklärt sich die Möglichkeit einer im Grunde unvölkischen und auch unfähigen Regierung. Nichts ist drolliger, als wenn sich diese Regierung als die der deutschen Volksgemeinschaft aufspielt: Wir hatten nie eine, die dem Geiste des deutschen Volkes so fern und fremd war. Das gilt ebensowohl von dem Reichspräsidenten Ebert (für diese Behauptung kann ich eintreten) wie von dem Reichskanzler Marx und der Mehrzahl der anderen Regierenden, und ob sie auch die schönen Redensarten von der deutschen Kultur ewig im Munde führen. Verkappte Judenherrschaft, das ist das richtige Wort, und es stimmt für die äußere wie für die innere Politik. Die verkappte Judenherrschaft ist aber nur bei Parlamentarismus und dem heutigen Parteiwesen möglich, und so sind wir Deutschvölkischen deren ärgste Feinde und wollen das deutsche Volk unter allen Umständen von ihnen befreien. Gewiß, der Bankerott kommt von selbst, aber wenn er da ist, dann muß das deutsche Volk auch so weit sein, daß es sich selbst helfen, die Einrichtungen schaffen kann, die sein Bestehen, seine gesunde Fortentwicklung sichern, und da tritt eben die nationalsozialistische Bewegung ein, die deutschen Ursprungs, im eigentlichen Volke entstanden ist.

Es ist mir natürlich bekannt, daß deutscher Sozialismus, im Gegensatz zum jüdischen Marxismus, immer in der Welt war. Schon in der ersten Auflage meiner „Geschichte der deutschen Literatur" (1901/02) heißt es (S. 650):

> Der gesunde Kern aller sozialistischen Anschauungen, daß schon im nationalen Interesse die Masse des Volkes nicht bedingungslos der Ausbeutung der kapitalistischen Kreise ausgeliefert werden dürfe, und daß jeder einzelne das Recht auf eine menschenwürdige Existenz, ja, auch auf einen bestimmten Anteil der erworbenen Kulturgüter habe, hatte sich nach und nach für fast alle Gebildeten als unverwerflich herausgestellt, und zugleich war auch eine neue seelische

Digitized by Google

Macht entstanden, die man einfach als Sozialgefühl bezeichnen kann. Unzufriedene Elemente gingen jetzt vielfach direkt zur Sozialdemokratie über, und auch die stürmische Jugend wandte sich ihr vielfach zu, um so eher, als sie unter dem Regiment Bismarcks, besser vielleicht unter dem Druck seiner gewaltigen Persönlichkeit, keine freie Bahn für selbständige Betätigung ihrer Kräfte finden zu können glaubte. Die klareren und entschiedenen Geister, die wahrhaft national gesinnten Männer erkannten freilich, daß bei der sozialdemokratischen Partei kein Heil zu finden sei, denn außer dem berechtigten Vorkampf für die Arbeiter widmete sich diese auch der Vertretung der alten unheilvollen internationalen und radikalen Ideen und der Verbreitung der rein materialistischen Weltanschauung und geriet dazu mehr und mehr unter die Herrschaft des kapitalistischen Judentums, das sie, von seiner bekannten Neigung zum zersetzenden Radikalismus abgesehen, als Schreckmittel für die ihm abgeneigten Elemente der Gesellschaft und zugleich auch zur Störung jeder positiv-nationalen Arbeit, die seiner eigenen Herrschaft gefährlich zu werden drohte, benutzte. So kam es denn zu einer Reihe von Versuchen, der Übermacht der Sozialdemokratie in den Volkskreisen entgegenzuarbeiten und doch die gesunden sozialen Ideen zu retten. Schon im Anfang der siebziger Jahre war jene Richtung des konservativen Sozialismus hervorgetreten, die sich in der Hauptsache an die Lehren des Nationalökonomen Johannes Karl Rodbertus (1805—1875) anschloß und, weil sie vornehmlich in den Kreisen der Universitätsprofessoren Anhang fand, als Kathedersozialismus bezeichnet wurde. Die Berliner Professoren Gustav Schmoller (aus Heilbronn, geb. 1838) und Adolf Wagner (aus Erlangen, geb. 1835) sind die bekanntesten der Kathedersozialisten geworden; letzterer hat sich aber dann einer christlich-sozialen und entschieden nationalen Richtung zugewandt. Eine Partei für diese zu schaffen, unternahm der Berliner orthodoxe Hofprediger Adolf Stöcker (aus Halberstadt, geb. 1835) und brachte es durch seinen Kampf gegen Liberalismus und Judentum dazu, eine der bestgehaßten Persönlichkeiten in ganz Deutschland zu werden. Er hat unzweifelhaft das Verdienst, die Augen der deutschen Geistlichkeit auf die ihr doch am ersten naheliegenden sozialen Fragen gelenkt und dem üblichen Indifferentismus dieser Kreise ein Ende gemacht zu haben. Selbst ein Teil der katholischen Geistlichkeit ward sozial, wie es das Beispiel Franz Hitzes beweist. Große Hoffnungen setzte man auf Friedrich Naumann (aus Störmthal, geb. 1860), der im Anfang der neunziger Jahre eine entschieden national-soziale Partei gründete, auch unter den Gebildeten viel Anhang fand, aber dennoch, wie wir jetzt schon erkennen können, vollständig scheiterte, und zwar, weil er als Bindemittel zwischen Nationalismus und Sozialismus den alten Liberalismus benutzen zu können glaubte, rein demokratische und „industrielle" Ideale aufstellte und „modern" sein wollte, während doch entschieden nationale und zugleich soziale Politik zweifellos nur auf konservativem Boden möglich ist. Als Schriftsteller kam Naumann über einen glänzenden Feuilletonismus nicht wesentlich hinaus. Großen Einfluß auf die Gebildeten gewann auch der ehemalige altkatholische Pfarrer Karl Jentsch (aus Landshut in Schlesien, geb. 1833), der in seiner Schrift „Weder Kommunismus noch Kapitalismus" die kleinbäuerliche Kolo-

Digitized by Google

nisation als das soziale Heilmittel hinstellte. Jedenfalls beweisen alle diese Erscheinungen, daß das soziale Zeitalter gekommen war, und wenn es auch nicht gelang, der Sozialdemokratie nennenswerten Abbruch zu tun, so war doch der gefährliche Grundsatz des „Laissez faire" endlich aus der Welt geschafft. Auch die Bestrebungen, dem Volke Anteil am Kulturleben zu geben, mehrten sich; es sei hier nur auf die des Direktors der Hamburger Kunsthalle Alfred Lichtwark („Die Kunst in der Schule", 1887) und die von Ferdinand Avenarius (Meisterbilder fürs deutsche Haus) hingewiesen. Das ist allerdings auch nicht zu bestreiten, daß sich durch die sozialen Bestrebungen die alte Humanitätsduselei unter neuen Formen einschlich, und daß trotz aller nationalen Etikette auch der alte Kosmopolitismus — die soziale Frage ist ja international — wiederkehrte. Eine ziemlich gleichartige europäische Friedenskultur demokratischen und nebenbei bildungsmäßigen und ästhetischen Charakters wurde das Ideal zahlloser Sozialgesinnten — vor allem die Juden hatten ihre besondere Freude daran.

Man wird mir zugeben, daß hinter diesen Ausführungen doch klare Erkenntnis steckt: Sogar der nach dem Weltkriege stark angewachsene moderne Pazifismus wird ja schon gekennzeichnet. Ich habe dann in einer Reihe der später als „Rasse und Volkstum" gesammelten Aufsätze meine nationalen und sozialen Gedanken weiter ausgeführt; beispielsweise heißt es in dem Aufsatze „Der große Riß" von 1906: „Ganz gewiß, wir Deutschen müssen und werden uns wieder zusammenfinden — können's die Väter nicht mehr, dann die Söhne —, wir müssen's und werden's in wahrhaft nationalem und sozialem Geiste, der in jedem ehrlichen Deutschen den Bruder sieht, der den falschen Kastengeist entfernt, aber freilich auch den ebenso falschen internationalen Verbrüderungsgeist, der alles Besondere erstickt und die schlechten Elemente obenauf bringt. Nicht alle gleich, aber alle etwas, jeder das, wozu er berufen, jeder Stand eine Zierde unseres Volkstums, in diesem die größte Entwicklungsfreiheit und daher die größte Mannigfaltigkeit — das sind die Ideen, die uns Nationalen vorschweben, und Geschichte und deutsche Volksnatur stehen auf unserer Seite." Und in meiner „Deutschen Dichtung der Gegenwart" schrieb ich 1909: „Die soziale und die nationale Bewegung schließen sich ja nicht aus. Wozu sollte man das Los der unteren Klassen sonst zu heben versuchen, als daß jeder einzelne möglichst seine Entwicklungsfreiheit bekommt, und wozu dient diese Entwicklungsfreiheit anders, als daß sich jeder möglichst zum Vollmenschen seiner Nation und Rasse entwickelt? Aus seiner Haut kann niemand heraus, noch jede wertvolle Kultur ist national gewesen, also muß auch die soziale Arbeit der Nation dem Volkstum dienen, sonst ist sie zwecklos, ist sie törichte Menschenbeglückerei, die nur das Gegenteil von Glück im Gefolge hat. Leider ist mit der bisherigen Hebung des äußeren Loses der unteren Stände keine deutsche Wiedergeburt Hand in Hand ge-

Digitized by Google

gangen, im Gegenteil, man hat geistig und seelisch bisher dem Volke nur genommen, hat ihm nichts gegeben — das bißchen Freidenkerei und Kunsterziehung können wir denn doch mit dem besten Willen nicht sonderlich hoch einschätzen. Und so ergibt sich für das nächste Menschenalter in der Tat die Aufgabe, die sozialen Bestrebungen zu nationalisieren, die mannigfach erschütterte Kraft des deutschen Volkstums zu stärken, die in ihm ruhenden Schätze abermals zu heben und zum Aufbau einer vollkommen nationalen Kultur zu benutzen." Es wird nicht zu leugnen sein, daß die hier geäußerten Anschauungen schon nationalsozialistisch sind — sie sind aber in ihrer Zeit so wenig durchgedrungen, wie dann der Weltkrieg die Rettung des deutschen Volkes geworden ist. Das Sozialgefühl der neunziger Jahre hielt noch nicht stand.

Die neue nationalsozialistische Bewegung ist selbständig und, wie gesagt, im eigentlichen Volke emporgekommen. In seinem Buche „Der nationale Sozialismus" (Deutscher Volksverlag, München) berichtet der Ingenieur Jung: „Noch während des Krieges war in München unter Anregung des Werkzeugschlossers Anton Drexler eine Vereinigung von Arbeitern entstanden, welche sich den Kampf gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch die Kriegsgesellschaften und sonstigen Wucher zum Ziele setzte. Nach dem Zusammenbruch nahm sie auch den Kampf gegen den Marxistischen Volksbetrug in ihr Programm auf." Drexler hat seine eigene Entwicklung in „Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters" geschildert. Am 5. Januar 1919 wurde zu München die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei gegründet. Mir liegt ein Flugblatt, „Politisches Erwachen", von ihr vor, in dem Drexler seine Anschauungen entwickelt. „Viele von unseren Führern", heißt es da, „sind gewiß ehrliche Männer und wollen für den Arbeiter das Beste. Aber es gibt auch eine große Anzahl, die in fremden Diensten stehen. Sie haben die Arbeiterbewegung als Instrument für bestimmte Sonderinteressen benutzt, sie haben die Arbeiterorganisationen zu einer Schutztruppe des unproduktiven Börsen- und Leihkapitalismus ausgebaut." Des weiteren führt Drexler aus, daß Deutschland nicht schuld am Weltkrieg gewesen sei und daß es die größte Dummheit war, sich wehr- und waffenlos den Feinden auszuliefern. „Die Revolution hat der Arbeiterklasse keine Freiheit gebracht, und auch eine zweite Revolution würde es nicht tun, wenn sie sich nicht gegen die großen Geldgewaltigen wendet, gegen die Finanzimperialisten, die bisher ganz allein den Nutzen von den letzten Kriegen und Revolutionen gehabt haben. Diesen Bank- und Börsengewaltigen geschieht aber nichts, denn sie haben ihre Agenten in der Arbeiterbewegung und bezahlen sie gut." Immer deutlicher tritt dann die Erkenntnis hervor, daß der Jude der Feind sei: „Der großkapitalistische Jude spielt immer den Freund und

Digitized by Google

Wohltäter gegen uns; er tut es aber nur, um uns vor seinen Triumphwagen zu spannen. Wir vertrauensseligen Arbeiter sollen ihm behilflich sein, die Weltherrschaft des Judentums aufzurichten ... Genossen, wollt ihr Judenknechte werden? Helft mit, daß diesem größenwahnsinnigen Volke, das nie gearbeitet hat und alle ehrliche Handarbeit verachtet, endlich sein religiöser Aberglaube [das auserwählte Volk Gottes zu sein] zunichte werde." Und darauf gibt Drexler die Gedanken, die die Abkehr von dem sozialdemokratischen Klassengrößenwahn, die Wendung zum wahrhaften Nationalsozialismus bedeuten: „Geben wir uns nicht einem falschen Hochmut hin! Wir Arbeiter tun immer so, als ob wir mit unserer Handarbeit ganz allein die menschliche Kultur geschaffen hätten. Ist das richtig? Haben nicht gewaltige Geisteskräfte daran mitgearbeitet, der Gelehrte, der Erfinder, der Künstler, der Forscher und der Techniker? Ist der Mittelstand, der Bürger und Bauer nicht auch produktiv? Muß er nicht auch durch seiner Hände und seines Kopfes Arbeit sich ernähren? Leidet er nicht auch unter der Herrschaft des Großkapitals — genau so wie wir? Wollen wir nicht lieber den Grundsatz ‚Leben und leben lassen' gegen jeden Volksgenossen anwenden — auch gegen den bürgerlichen? Wäre es nicht richtiger, wir reichten ihm die Hand und wendeten uns mit ihm zusammen gegen den gemeinsamen Feind? Wir Arbeiter allein werden niemals eine so große Macht bilden, daß wir den Weltkapitalismus bezwingen können. Gehen wir aber mit dem produktiven Bürgertum zusammen, so wird uns keiner widerstehen. Dann bilden wir in allen Ländern eine erdrückende Mehrheit gegen den Wucherkapitalismus. Es ist ja die besondere List der kapitalistischen Völkerunterjocher, daß sie Arbeiterschaft und Bürgertum immer gegeneinander ausspielen und dadurch beide in der Ohnmacht erhalten." Man sieht, es hatte getagt.

Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterbewegung erhielt dann ihren Hauptvorkämpfer in Adolf Hitler. Im Jahre 1879 zu Braunau (Oberösterreich) geboren, war dieser mit 17 Jahren nach Wien gekommen und dort „absoluter Antisemit, Todfeind der gesamten marxistischen Weltanschauung und alldeutsch in seiner politischen Gesinnung" geworden. Er machte darauf den Weltkrieg im deutschen Heere mit und zeichnete sich durch hervorragende Tapferkeit aus. Die Münchener Räteperiode erlebte er aus der Nähe und trat aus Abneigung gegen sie der nationalsozialistischen Arbeiterbewegung bei, die damals erst 6 Mitglieder zählte. Durch die unermüdliche Propaganda Hitlers und vor allem seine gewaltige Rednergabe wuchs sie nun gewaltig an, und der Deutschösterreicher wurde die führende politische Persönlichkeit in Bayern, die Hoffnung aller Deutschvölkischen im Reiche. Ein Jahr nach der Gründung der Partei wurden im

Digitized by Google

Festsaal des Münchener Hofbräus die 25 Forderungen der Partei von Hitler verlesen und einstimmig angenommen. Sie mögen hier stehen:

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich, ob in Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.

11. Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

Digitized by Google

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern, ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf, auf Staatskosten.

21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Staatsgenossen sein müssen;

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden;

c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe

Digitized by Google

für Übertretungen die Schließung einer solchen Zeitung sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reiche erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer versprechen, wenn nötig unter Einsatz ihres eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

Eine Kritik dieses Programms schenke ich mir zunächst. Es wurde dann im Januar 1923 als „Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei" mit ziemlich umfangreichen Erläuterungen von Alfred Rosenberg im Deutschen Volksverlag, München, herausgegeben.

Inzwischen war die Bewegung in der Tat eine Macht in Deutschland geworden, und außer Hitler gehörten ihr noch manche hervorragende Persönlichkeiten an. So auch Exzellenz Ludendorff. Der große Feldherr hat bekanntlich aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, indem er die folgenden Worte sprach: „Im Volke, im sog. gewöhnlichen Volke, in der Arbeiterschaft und im Mittelstande, da stecken die sittlichen Kräfte, die uns ein neues Deutschland, das völkisch sein oder nicht sein wird, schaffen werden. Nicht in den oberen Zehntausend. Ich hab' ja auch einmal dazu gehört. Ich rechne mich nicht mehr dazu, da ist so vieles faul und feige und korrupt. Da kann das Samenkorn des neuen Deutschlands nicht gedeihen." Es ist klar, daß diese Worte die Beliebtheit Ludendorffs in den höheren Kreisen nicht gerade gefördert haben — gesprochen werden mußten sie einmal: wir Deutschen wären schwerlich soweit herabgekommen, wenn die oberen Zehntausend nicht versagt hätten. Andererseits möchte ich, obgleich ich aus dem Volke stamme, mir die Ludendorffsche Anschauung nicht ganz zu eigen machen: nach meinen Erfahrungen gibt es auch in den höheren Kreisen, beispielsweise unter dem bodenständigen Adel und unter den Gelehrten,

Digitized by Google

ausgesprochen deutschvölkische und im guten Sinne konservative Persönlichkeiten, die auch Verständnis für soziale Dinge haben und die Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei rein auf Taktik im Grunde sicher nicht billigen. Ludendorff hat sich dann in späterer Zeit auch unmittelbar zur Arbeiterfrage ausgesprochen, so in Königsberg: „Ich denke mir, daß es endlich gelingen muß, eine deutsche Kampfgemeinschaft zu bilden, in der ähnlich wie in dem alten Heere die Unterschiede verschwinden, in der man nicht mit Hochmut auf seinen Nebenmenschen herabsieht und nicht mit Mißtrauen seinen Mitmenschen anblickt, daß man endlich jedem Deutschen, auch dem ärmsten Arbeiter, mit warmem Herzen und vollem Verständnis entgegentritt. Wir wollen uns klar sein, daß die besitzenden Klassen an diesem deutschen Arbeiter vor dem Kriege sich unendlich schwer versündigt haben; sie haben den Arbeiter Beute werden lassen des jüdischen Kapitals. Das war nicht Schuld allein des Arbeiters, sondern Schuld der besitzenden Klasse, die abstieß, statt ihn dem deutschen Vaterlande zu erhalten." Die Grundanschauung in diesen Worten ist jedenfalls richtig: das Sozialgefühl, das, man vergleiche meine oben gegebene Darstellung, einmal ziemlich stark in Deutschland gewesen war, hatte sich, wie auch schon bemerkt, vor dem Weltkriege so ziemlich wieder verloren, man dachte und empfand unter den Besitzenden, ja Gebildeten, infolge jüdischer Infektion, nur noch kapitalistisch oder mammonistisch — und tut dies zum größten Teil auch heute noch.

Über den geplanten Zug der Bayern auf Berlin und sein Scheitern am 9. November 1923 soll hier nicht gesprochen werden, ebensowenig über den Hitler-Prozeß, so interessant er auch ist. Man kann diese Dinge nicht so ohne weiteres aus der nationalsozialistischen Bewegung erklären, die ja auch, nachdem Hitler seine Festungsstrafe angetreten, ruhig weitergegangen ist. Ein Urteil über die Persönlichkeit Hitlers will ich mir hier auch nicht erlauben. Daß sie geistig etwas bedeutet, zeigen seine Reden und Aufsätze wie der in „Deutschlands Erneuerung", Heft 4, Jahrgang 1924, erschienene „Warum mußte ein 8. November kommen?", der einem tüchtigen und tapferen Geschichtsprofessor auch Ehre machen würde. „Die Folgen der Novemberrevolution", heißt es da, „waren und sind entsetzlich. Politisch ein Zusammenbruch, moralisch und wirtschaftlich! Aus all dem Sumpfe einer beispiellosen Korruption in Politik, Verwaltung und Wirtschaft müssen einige Merkmale besonders ins Auge fallen. Politisch: die unerhörte Korrumpierung des Beamtenkörpers, hervorgerufen durch eine parlamentarische Protektionswirtschaft der jeweiligen Mehrheiten; der redliche, pflichttreue Beamte hat schwersten Stand gegenüber dem jungen Parteifreund, der ihn mit spielender Leichtigkeit trotz minderen Könnens (vom Charakter ganz abgesehen) überholt, wenn nicht ganz verdrängt. Wirtschaftlich: die dadurch bedingte Überflutung der gesamten Ver-

Digitized by Google

waltung mit überflüssigem, minder tauglichem Personal. Die Zerstörung aller möglichen betriebstechnischen Voraussetzungen zu einer erträgnisfähigeren Arbeit im Staats- und Privatbetrieb. Folge davon: eine allgemeine Defizitwirtschaft, aus der sich der Staat durch betrügerische Ausgabe wertloſen, weil ungedeckten Papiergeldes zu retten, besser, zu schwindeln versucht, mit dem Ergebnis einer völligen Zerstörung der Währung. Fünf Jahre dieser Lotterwirtschaft haben genügt, um die Spargroschen fünfzigjährigen emsigen Fleißes zu verlumpen und zahllose Familien unschuldig an den Bettelstab zu bringen, vor allem den kleineren Mittelstand zu vernichten. Moralisch: die geschichtlich in diesem Sinne noch kaum dagewesene Selbstbeschmutzung und Herabwürdigung des eigenen Ichs. Die Lüge der Schuld am Kriege, die bei Geburt und Taufe der neuen Revolution Pate stehen mußte, war eine Infamie, für die die Nachwelt keine Legalisierung kennen wird ... So ist die Frage ‚national' oder ‚international', Marxismus oder Antimarxismus von grundlegender Bedeutung für die Wiederauferstehung unseres deutschen Volkes und Vaterlandes. Ihre Lösung wird niemals mehr durch parlamentarische Majoritäten zu erreichen sein, sondern nur durch ein letztes Aufbäumen all jener gesunden Kräfte, die bereit sind, für ihr Volk nicht nur in Worten, sondern auch mit ihrer Person einzutreten." Man hat Hitler jetzt die ihm zugestandene Bewährungsfrist zugute kommen lassen, und er würde nun zweifellos eine segensreiche Tätigkeit entfalten können. Aber wie weit man ihm das gestattete, ist schwer zu sagen.

Im übrigen ist der Fortgang der nationalsozialistischen Bewegung, wie schon erwähnt, nicht mit seiner Person verknüpft, sie ist eine wahrhaft völkische, d. h. aus dem ganzen Volke kommende Bewegung und hat auch bald auf den Ausfall von Parlamentswahlen starken Einfluß geübt, nicht bloß in Bayern und Süd-, sondern auch in Mittel- und Norddeutschland. Hier hatte sich, mehr noch aus der alten völkischen Bewegung heraus, äußerlich durch den Austritt der drei Reichstagsabgeordneten von Gräfe, Wulle und Henning aus der Deutschnationalen Volkspartei im Jahre 1921 die Deutschvölkische Freiheitspartei gebildet, die aber bald Beziehungen zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bekam und nach und nach mit ihr verwuchs. Die Wahlen in Mecklenburg und Thüringen bewiesen dann, daß schon weitere Volkskreise von den neuen Gedanken ergriffen seien, und die Reichstagswahlen im Mai 1924 brachten eine Reichstagsfraktion von 32 Abgeordneten zustande. Unter ihnen befand sich auch der Graf Ernst zu Reventlow, Herausgeber des „Reichswarts", und er ist wohl als der eigentliche geistige Führer der Bewegung in Norddeutschland zu bezeichnen. Ich darf am Ende voraussetzen, daß jeder gebildete Deutsche einigermaßen genau weiß, was Graf Reventlow ist. Schon im Jahre 1906 hatte er die Schrift „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner" geschrieben und auf die

Digitized by Google

drohende Gefahr aufmerksam gemacht. Während des Weltkrieges errang er durch seine in der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlichten Leitaufsätze im Auslande den Ruf, der beste politische Kopf der Deutschen zu sein, und gewann darauf durch sein großes Werk „Deutschlands auswärtige Politik von 1888 bis 1914" und seine Wochenschrift „Der Reichswart" in Deutschland zahlreiche Anhänger. Keineswegs bloß Auslandspolitiker, hatte er früh begriffen, daß ohne starke soziale Einstellung aller Politiker eine wirkliche Gesundung der deutschen Verhältnisse nicht zu erreichen sei, und kam so ohne weiteres in die nationalsozialistische Bewegung hinein, der er im Januar 1924 dann auch ein außerordentlich sorgfältig gearbeitetes Programm schuf. Wir wollen nun im Anschluß an das alte Münchner und an das neue Reichswart-Programm die nationalsozialistischen Bestrebungen näher ins Auge fassen, und zwar um aufzuzeigen, daß sie aus Volk und Leben geboren, aber auch Ergebnis einer bedeutsamen geistigen Entwicklung, dem üblichen Parteikram gegenüber neu und fruchtbar sind und ohne Zweifel die Rettung Deutschlands werden können.

Man muß beim Reventlowschen Programm wie beim Münchner zwischen Zeit- und grundsätzlichen Bestimmungen unterscheiden. Wenn beispielsweise das Münchner fordert, daß alle Nichtdeutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden, so geht das natürlich vor allem gegen die Ostjuden, und ebenso sind die Forderung der restlosen Einziehung aller Kriegsgewinne und die der Todesstrafe für gemeine Volksverbrecher, Wucherer und Schieber usw. selbstverständlich aus der Zeit geboren. Auch Reventlow verlangt: „Rücksichtslose Reinigung des öffentlichen und privaten Lebens. Schwerste Strafen gegen Wucher- und Schiebertum und was damit zusammenhängt. Der Berufsparlamentarier verschwindet. Abzulehnen ist jede Monarchie, die auf den Schultern des Judentums eingeführt wird." Daneben sind in beiden Programmen aber doch auch die das deutsche völkische und staatliche Leben neugestaltenden grundsätzlichen Bestimmungen enthalten, und mit ihnen wollen wir uns hier vornehmlich befassen. Der erste Teil des Reventlowschen Programms ist „Grundzüge des völkischen Staates" überschrieben, und da findet sich nun auch gleich, nach der Ablehnung von Ständen und Klassen (außer Berufsständen), der Satz: „Das Privateigentum ist im völkischen Staat anerkannt und steht unter seinem Schutz." Es ist das wohl scharf hervorzuheben, denn die Gegner der Nationalsozialisten tun immer so, als ob diese Gegner des Privateigentums wären und mit Sozialisten und Kommunisten Hand in Hand gehen wollten. Sozialismus bedeutet aber nicht ohne weiteres Gütergemeinschaft, sondern zunächst nur Einstellung auf ein Gemeinschaftsleben, auf die Volksgemeinschaft, wie wir Deutschvölkischen es wollen. Joseph Maria von Radowitz,

Digitized by Google

der Freund König Friedrich Wilhelms IV., drückte es folgendermaßen aus: Jeder Besitzer schuldet nicht nur Gott, sondern auch seinen Mitmenschen Rechenschaft. Zum Kapitalismus, d. h. den Grundsätzen der skrupellosen Vermögensbildung bekennt sich Graf Reventlow natürlich nicht; im Gegenteil, er sagt in den „Grundzügen": „Der völkische Staat muß auf allen Gebieten bestrebt sein, den Wohlstand der Bevölkerung zu fördern, dabei die Ansammlung großer Reichtümer zu verhindern bzw. zu beseitigen; auf der anderen Seite der Verarmung und Armut mit allen Kräften entgegenzuarbeiten." Wie das geschehen soll, wird darauf im zweiten Teile des Programms „Völkisch-soziale Umgestaltung" des näheren auseinandergesetzt. Zunächst erfolgt eine scharfe Absage an den internationalen, den jüdischen Kapitalismus, der alle Völker zu seinen Sklaven macht. Dann heißt es: „Kapital ist zum Betriebe notwendig, im großen und im kleinen. Der völkische Kampf geht nicht gegen das Kapital an sich, sondern gegen den internationalen Kapitalismus, er geht für Nationalisierung, für Vervolklichung des Kapitals in Deutschland, damit auch der Geldwirtschaft, des wirtschaftlichen und des sozialen Lebens überhaupt... Ohne Lösung der sozialen Frage, zum mindesten, ohne daß diese ernsthaft und gründlich und ohne andere als wie soziale Rücksichten in Angriff genommen wird, kann das deutsche Volk nicht gesund, nicht gerettet werden... Auf dem Boden dieser Tatsachen und Gedanken stellen wir unsere programmatischen Forderungen, ohne Parteigeist, ohne egoistische Machtziele: Staatliche Beaufsichtigung aller Banken; Verstaatlichung derjenigen Banken, deren Grundkapital und Reservekapital zusammen eine bestimmte, festzusetzende Höhe erreicht. Namentlich die Reichsbank ist zu verstaatlichen. Unbedingte, scharfe staatliche Beaufsichtigung der Börse und des gesamten Börsenwesens. Sofort durchzuführende Maßnahmen: Verbot des Terminhandels, des Differenzgeschäftes und der sog. Luftgeschäfte. Aktien und Kuxe neuer Unternehmungen dürfen erst gehandelt werden, wenn der erste ordnungsmäßige Jahresabschluß vorliegt. — Verbot des Handels mit unnotierten Werten. — Festsetzung des Zinses nach oben. — Jede periodisch wiederkehrende Zinszahlung muß eine (festzusetzende) Tilgungsquote des Kapitals enthalten. — Verbot der Aktie auf den Inhaber. Einführung der Aktie auf den Namen. Aktien, die innerhalb einer bestimmten Frist nicht namentlich gemeldet sind, verfallen dem Staat. — Bedeutende öffentliche Arbeiten und Unternehmungen sollen grundsätzlich nicht mehr durch zinspflichtige Anleihen finanziert werden, sondern vom Staat direkt, mit der Maßgabe, daß Inflation vermieden wird."

Aufrichtig gestanden, ob diese Maßnahmen durchführbar sind und günstig wirken werden, kann ich nicht beurteilen. Ich habe außer Reventlows Programm auch Gottfried Feders „Der deutsche Staat auf nationaler und

Digitized by Google

sozialer Grundlage", der den Untertitel „Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft" führt, dann Rudolf Jungs „Der nationale Sozialismus", der auch auf die wirtschaftlichen Dinge genauer eingeht, und Artur Dinters „Ursprung, Ziel und Weg der deutschvölkischen Freiheitsbewegung", sowie noch viele kleine Broschüren und Aufsätze über diese Dinge gelesen, traue mir aber kein Urteil zu. Ja, daß jeder Zins auch kapitaltilgend sein muß, leuchtet mir ein: schon als Junge habe ich es als Unrecht empfunden, daß mein Vater für die kleine Hypothek, die auf seinem Hause lastete, in Ewigkeit Zinsen zahlen mußte — aber ob der Zins überhaupt abgeschafft werden kann, weiß ich nicht. Das freilich muß erreicht werden, daß die meisten Deutschen nicht mehr wie jetzt rein kapitalistisch oder mammonistisch denken, daß das Geld nicht mehr als die Hauptsache im Leben angesehen wird. Ihrem Grundwesen nach sind die Deutschen eigentlich nicht mammonistisch angelegt — wären sie das, so hätten sie doch die ungeheuren Vermögensverluste der letzten Zeit nicht ruhig ertragen, hätten in furchtbarer Erbitterung die Juden, die ja doch zuletzt die Schuldigen sein werden, totgeschlagen. Statt dessen sahen sie, wie ich das vielfach feststellen konnte, die Dinge mit einem gewissen Humor. Aber die jüdische Ansteckung ist freilich da, auch Leute, die vornehm sein wollen, offenbaren öfter einen furchtbaren Egoismus, vor allem absolutes Mißtrauen gegen alles, was die Heiligkeit des Kapitals nicht gelten läßt, und gelangen nie zum sozialen oder völkischen Standpunkt. Und doch liegt hier allein unsere Rettung: es muß auf wirtschaftlichem Gebiete endlich einmal etwas geschehen, man muß den bösen Kapitalismus irgendwie anpacken. Nur dann kehrt auch der Glaube des Volkes an die Anständigkeit der höheren Kreise zurück, entschwindet die rein jüdische Marxsche Antithese Bourgeois und Proletarier. Ich wäre sehr dafür, daß die nationalsozialistische Partei im nächsten Reichstage, um endlich den Anfang zu machen, den Antrag der allgemeinen Einführung des amortisierenden Zinses einbrächte.

Reventlow verlangt dann weiter auch eine Neugestaltung des Erbrechts. Auch hier ist er natürlich auf starken Widerstand gestoßen: die verkehrte Elternliebe, die den Kindern das Leben möglichst leicht machen will, ist ja noch sehr verbreitet. „Von einer gewissen Mindestgrenze an", heißt es bei Reventlow, „soll die Erbschaft, je größer sie ist, einer um so größeren Zahl von Erben zugute kommen, und zwar durch Ausdehnung auf die entfernteren Verwandten. So wird die Besitzanhäufung reguliert werden können, die Bildung kleineren und mittleren Besitzes gefördert, die eines unsozial großen Besitzes unmöglich gemacht. Diese Forderung ist durch Bestimmungen dafür so zu regeln, daß bei Vererbung von Grundeigentum in Stadt und Land der Erbe des Grundeigentums wirtschaftlich existenzfähig und dieses betriebsfähig bleibt; andererseits, daß Umgehung der neuen Erbordnung

Digitized by Google

durch Schenkung und Verkauf bei Lebzeiten ausgeschlossen ist." Man sieht, auch hier wird das Extreme vermieden. Das wird einem noch deutlicher, wenn man weiterhin liest: „Es liegt nicht im völkischen Programm, den Grundbesitz zu zerschlagen, zu enteignen, noch überhaupt nach kommunistischen Gesichtspunkten vorzugehen*). Angestrebt werden muß vielmehr eine richtige Mischung von kleinem, mittlerem und großem Grundbesitz. Vereinigung übergroßer Güterkomplexe in einer Hand ist, soweit sie sich durch Neuordnung des Erbrechtes nicht von selbst reguliert, im Sinne des Eindämmens durch Bodenabgabe zu regeln. Werden Teile großen Grundbesitzes nicht oder nicht vollständig bewirtschaftet, so liegt ohne weiteres Recht und Pflicht des Staates zum Eingreifen vor, aber eines völkischen Staates." Das ist überhaupt das Ausschlaggebende bei Reventlow und den Nationalsozialisten im allgemeinen: „die Pflicht jedes Besitzers zu Ausnutzung und Verwertung des Besitzes in echt sozialem Geiste", und zwar bezieht sich das sowohl auf Geldbesitz wie auf Grundbesitz. „Unter sozial ist zu verstehen, daß Ausnutzung, Verwaltung und Verwertung des Besitzes im — völkisch verstandenen — Interesse des Ganzen liegen, nicht dagegen einem antivölkischen, unsozialen Eigeninteresse dienen". Es liegt dem der altgermanische wie auch christliche Gedanke zugrunde, daß jeder Besitzer vor Gott und seinem Volke zuletzt nur der Verwalter seines Besitzes und, wie ja auch Radowitz ausführte, beiden Rechenschaft schuldig ist. Man bilde sich nicht ein, in Zukunft noch darum herumzukommen. Gewiß, der einzelne soll leben und die Familie geht Staat und Volk vor, aber doch nur insoweit, als ihre Existenz zu sichern ist; ist dies geschehen, so treten die völkischen Belange vor die rein geschäftlichen. Das hebt den Satz, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert sei, nicht auf, aber allerdings den, daß jede Spekulation erlaubt sei, wenn sie nur nicht mit den Gesetzen in Konflikt komme. — Was Reventlow dann noch zur Bodenfrage sagt, will ich nur kurz anführen: „Schaffung eines neuen, eines deutschen Bodenrechts, Unmöglichmachung des Bodenwuchers, Befreiung des Bodens aus der Hand des Finanzkapitals; zu diesem Zweck besondere Machtbefugnisse des Staates; Unbeleihbarkeit des Bodens durch das Privatkapital. Energische Förderung der Siedlung nach sozialem, rassischem und fachmännischem Gesichtspunkt. Alle Bodenerwerbsgesellschaften werden verboten bzw. aufgelöst oder liquidiert." Hier schließt sich dann die Wohnungsfrage an, auf die ich aber auch nicht näher eingehen will.

*) Es war eine gemeine Lüge gewisser deutschnationaler Elemente, wenn bei den vorletzten Reichstagswahlen behauptet wurde, das nationalsozialistische Programm fordere die unentgeltliche Enteignung des Bodens; „für gemeinnützige Zwecke" steht da (Punkt 17), also nur kleiner Teile, wenn es auch dem Hergeber zugute kommt.

Digitized by Google

Eine meiner Lieblingsideen, um noch etwas bei der Eigentumsfrage zu verweilen, ist es immer gewesen, das Großkapital oder allgemein den Großbesitz zu bestimmten Kulturleistungen zu zwingen. Bekanntlich gab es im alten Athen die sog. Liturgien, die der Geschichtsschreiber Schlosser als „eine besondere finanzielle Einrichtung" bezeichnet, „welche allen Staaten der neueren Zeit durchaus fremd ist ... Es war nämlich in Athen Gesetz, daß gewisse Ausgaben, die der Staat zu machen hatte, von einzelnen Reichen übernommen und besorgt wurden. Zu dieser eigentümlichen Art von Steuern waren der Reihe nach alle diejenigen Bürger verpflichtet, welche ein Vermögen von mindestens drei Talenten besaßen; jedoch konnte dieselbe jeden von ihnen nur ein Jahr ums andere treffen. Sie wurde übrigens nicht als eine Last, sondern als eine ehrenvolle Pflicht angesehen, und der zu ihr Verbundene leistete gewöhnlich mehr, als das Gesetz vorschrieb ... Die Liturgien waren von doppelter Art, nämlich regelmäßig wiederkehrende und außerordentliche. Die ersteren bestanden in der Choregie (Ausstattung der Chöre für die großen theatralischen Aufführungen), Gymnasiarchie (Stellung der Kämpfer für die öffentlichen Festspiele), Hestiasis (Veranstaltung von öffentlichen Gastmählern) und Architheorie (Ausstattung und Führung von öffentlichen Gesandtschaften), von den letzteren ist die Trierarchie (Ausrüstung von Kriegsschiffen) die wichtigste." In gewissem Betracht haben ja auch unsere Fürsten solche Liturgien auf sich genommen: die Unterhaltung der Hoftheater, Begründung von Büchereien, Kunst- und Musikschulen, Erhaltung von Schlössern und Parks waren nichts anderes. Was aber die Fürsten taten (der Großherzog von Sachsen beispielsweise bei einer Zivilliste von nur einer Million Mark, die sicher zur Hälfte für Öffentliches aufging), können unsere Großkapitalisten selbstverständlich auch tun: Es wäre gar nichts dagegen zu sagen, wenn jeder Rentenmarkmillionär außer seiner Steuer noch eine jährliche Stiftung in der Form einer Theaterunterstützung, eines Gemälde- oder Bücherkaufes usw. für den Staat zu leisten hätte. Bei der Art der Stiftung könnte bis zu einem gewissen Grade die freie Wahl herrschen, und so wäre es möglich, daß auch bei uns nach und nach die Liturgie nicht als Last, sondern als ehrenvolle Pflicht empfunden werden würde. Jedenfalls halte ich die Aufnahme der antiken Sitte für sehr erwägenswert.

Ebenso wichtig wie die Eigentums- erscheint mir die Arbeiterfrage. In den „Grundzügen" sagt Reventlow: „Jeder Deutsche, der arbeitsfähig ist, hat die Pflicht zu arbeiten und ist vom Staat zur Arbeit anzuhalten. Dem völkischen Staat liegt die Pflicht ob, dem Arbeitsfähigen Arbeit zu schaffen, falls er keine Arbeit hat." Also Recht auf Arbeit, aber auch allgemeine Arbeitspflicht. Das Drohnenvolk, das ja noch immer existiert, wird im völkischen Staat einfach ausgerottet. Deswegen braucht der Mensch, der

Digitized by Google

sozusagen ein Kulturgenußleben führt und dadurch auch ein Kulturträger ist, noch nicht zu verschwinden (wie ja auch das größere Eigentum bleiben muß, um Kulturstätten zu erhalten — der Staat kann nicht jedes Schloß und jedes Patrizierhaus zur Erhaltung übernehmen), aber einen Teil ihm liegender Arbeit muß auch er tun, es gibt gerade auf diesem Gebiete auch noch zu lösende Aufgaben genug. Reventlow kommt in dem Abschnitt „Völkisch-soziale Umgestaltung" dann auch auf die von der Sozialdemokratie erstrebten und durchgeführten Maßregeln und sucht sich mit ihnen abzufinden: „Grundsätzliche Anerkennung des achtstündigen Arbeitstages als Norm. Freiheit jedes Arbeiters, mehr zu arbeiten und sich dazu direkt oder durch Vertrauensmänner mit dem Arbeitgeber zu einigen. — Verbot der Arbeitgeberverbände, ohne Ansehen ihrer Form und Benennung; Verbot andererseits der Gewerkschaften. Beide Kategorien dienen dem Klassenkampf und dem wirtschaftlichen Machtkampf. Beide sind deshalb antisozial und antivölkisch. — Berufsständische Organisationen haben an die Stelle zu treten, in denen sämtliche in einem Unternehmen beteiligten Werker vertreten sind. — Die Bemessung des Lohnes soll nach der persönlichen Leistung erfolgen. — Möglichste Anpassung der Löhne bzw. Gehälter des Arbeitnehmers an den tatsächlichen Wert der geleisteten Arbeit. — Auf dem Boden der so neu zu gestaltenden Verhältnisse energischer Ausbau einer wahrhaften Werkgemeinschaft, besonders auch im Sinne des Genossenschaftswesens. — Beteiligung des Arbeitnehmers am Unternehmen bzw. an dessen Ertrag. Auf dem Lande wird der Versuch, auch als längst dem Versuche entwachsener Brauch, Beteiligung in verschiedenen Formen entsprechend den verschiedenen Verhältnissen durchgeführt. Weitere Ausgestaltung ist zu fördern. — In industriellen und anderen geschäftlichen Betrieben haben Versuche meist Mißerfolge gezeitigt. Beteiligung am Gewinn ist überdies nur da möglich, wo Gewinn erzielt wird. Vielleicht bietet der Gedanke einer sog. Superdividende (Zeiß-Werke) bei gewinnbringenden Betrieben einen auszubauenden Weg. Gesünder als Gewinnbeteiligung erscheint der Gedanke der Beteiligung des Werkers am Unternehmen selbst bzw. an der Industrie schlechthin, z. B. durch die kleinen Aktien, wie sie in England noch heute besteht. Völkische Forderung alles in allem bleibt: Wege zu suchen und Mittel zu versuchen, welche die Werkgemeinschaft des Unternehmers und der Werker zu einem lebendigen Zusammenhang werden lassen." Auch hier enthalte ich mich des Urteils, zumal ja auch Reventlow wesentlich nur Anregungen gibt. Wir stehen hier sozusagen vor einem ungeheuren Versuchsfelde, das aber endlich tatkräftig in Angriff genommen werden muß. Erfolg kann nur eintreten bei der richtigen Gesinnung, wie das Reventlow auch noch scharf hervorhebt: „Jenes Zusammenarbeiten, jene innerliche Gemeinschaft am Werk zwischen dem

Digitized by Google

Unternehmer und Werker läßt sich mit Aussicht auf Erfolg nur anstreben auf der Grundlage einer geistigen, um nicht zu sagen seelischen Umwälzung. Der Unternehmer muß lernen, im Werker den Volksgenossen zu sehen, nicht eine Arbeitskraft, nicht allein ‚Hände', wie die Amerikaner sagen, deren Leistungsfähigkeit möglichst rücksichtslos auszunutzen ein Hauptzweck des Unternehmens sei. Der Werker muß ebenfalls lernen, im Unternehmer den Volksgenossen zu erblicken, nicht den hassenswerten Ausbeuter. Abgesehen von vielen rühmlichen Ausnahmen, liegt Geringschätzung auf der einen, Haß auf der anderen Seite seit einem halben Jahrhundert zwischen beiden, unablässig geschürt und geschärft durch die zielbewußte Arbeit des Judentums. Nur der völkische Gedanke, nur völkisches Gefühl kann hier helfen und verhindern, daß die sozialen Maßnahmen nicht zur klingenden Schelle werden. Solche innerliche Umkehrung läßt sich nicht diktieren, sie läßt sich nur durch Erziehung und Beispiel erwecken. Diese Erziehung, die zum völkisch-sozialen Geist und zum Beispiel methodisch Gesetze usw. vorbereiten und mit ihnen gehen muß, hat der völkische Staat selbst in die Hand zu nehmen. Sie ist eine seiner nächsten Aufgaben. Löst er diese Aufgabe nicht, so wird die sozialste Gesetzgebung leer bleiben, die Kluft innerhalb des deutschen Volkes nicht ausgefüllt werden."

Außer an die Eigentums- und die Arbeiterfrage, die wichtigsten, tritt Graf Reventlows Programm auch noch an die Verfassungsfrage, an die der Außenpolitik und an die Judenfrage heran. Es muß genügen, hier das Allerwichtigste anzuführen: „Aufbau und Form des völkischen Staates werden aus folgenden Grundgedanken hervorzugehen haben: Das parlamentarische System ist zu verwerfen. Die Geschicke des Landes und des Volkes dürfen nicht wieder in die Hände parlamentarischer Körperschaften gelegt werden. Vielmehr muß eine einheitliche, Stetigkeit, Unabhängigkeit und Parteilosigkeit gewährleistende Spitze vorhanden sein, sei es aus mehreren Personen bestehend, sei es aus einer einzigen. Ein im wesentlichen diktatorisch geordneter Übergangszustand würde zunächst praktische Notwendigkeit sein. — Sonst hat der Grundsatz der Dezentralisierung und Selbstverwaltung und der genossenschaftlichen Zusammenschlüsse zu gelten: berufsständische und parlamentarische Körperschaften haben nebeneinander zu arbeiten, ohne endgültige Entscheidungsbefugnis zu besitzen. Der Berufsparlamentarier verschwindet. — Im Verhältnis der deutschen Stämme bzw. Bundesstaaten soll das bundesgenossenschaftliche Element wieder maßgebend werden; im Innern wie nach außen, z. B. durch mitbestimmenden Einfluß einer Vertretung der Bundesstaaten auf die auswärtige Politik des Deutschen Reiches." Ein entschiedenes Bekenntnis zur Monarchie findet sich bei Reventlow nicht: „Der alte Nimbus der Monarchie ist seit 1918 dahin. Eine neue Monarchie muß demgegenüber von vornherein Werte aufweisen,

Digitized by Google

reale, persönliche und imponderable, die den Nimbus überflüssig machen." Vielleicht ist doch Anknüpfung an die alte gute Tradition möglich; jedenfalls bin ich unter allen Umständen für die Monarchie, da ich die Herrscher- und Führerfrage lieber vom lieben Gott als von menschlichen Beschlüssen oder gar Wahlen abhängig sehe. — Selbstverständlich will Reventlow dann auch eine deutsche Wehrverfassung und deutsches Recht. Sehr beherzigenswert ist natürlich, was er über die Außenpolitik sagt — ich führe nur den einen Satz an: „Die auswärtige Politik Deutschlands darf nicht von internationalen Interessen der Industrie und des Geschäfts überhaupt abhängig gemacht werden." Schon wiederholt habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß in Fichtes „Geschlossenem Handelsstaat" am Ende bereits die Ideen stecken, die wir zur Loslösung von der Weltwirtschaft, zur Ausgestaltung selbständigen nationalen Lebens gebrauchen. Damit kommen wir denn auch zur Judenfrage, die Reventlow in der Abteilung „Judengesetzgebung" sehr scharf anpackt. Bemerkenswert ist schon die Bestimmung, wer Jude ist: „Als Juden haben die Anhänger des mosaischen Gesetzes (einen jüdischen ‚Glauben', ein jüdisches ‚Bekenntnis' gibt es nicht) zu gelten, und alle Juden, welche von Anhängern des mosaischen Gesetzes väterlicherseits abstammen. Jüdisch verheiratete Deutsche gelten als Juden. Ebenso gilt als Jude, wer einen jüdischen Vater und eine jüdische Mutter hat." Als Spezialist auf dem Gebiete der Judenfrage würde ich die staatliche Herstellung des vollständigen Judenkatasters und die Zusammenfassung aller Juden und jüdisch Verheirateten zu politischen Gemeinden in der Gemeinde, evtl. auch das Erzwingen eines jüdischen Religionsbekenntnisses verlangen. Reventlows Forderungen sind zunächst: „Die Juden dürfen weder staatsbürgerliche Rechte eines Deutschen besitzen, noch sie erwerben. — Die Juden in Deutschland dürfen keine öffentlichen Ämter bekleiden, noch öffentliche Funktionen ausüben. Sie haben weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Sie dürfen Rechtsanwälte und Ärzte nur für ihre jüdischen Volksgenossen sein. Sie sind auszuschließen aus dem deutschen Zeitungswesen, aus dem Buchgewerbe, aus der Literatur, sei es als Geschäftsleute, als Verleger, Drucker usw., ferner als Verfasser, Mitarbeiter, Herausgeber, Schriftleiter, Geldgeber usw. Gleiches gilt für das Theaterwesen und alle anderen Gebiete des Kulturlebens. Im deutschen Bankwesen dürfen Juden nicht tätig sein. Leitende und einflußreiche Betätigung überhaupt im deutschen Geschäftsleben ist durch — im einzelnen festzusetzende — Bestimmungen den Juden unmöglich zu machen." Also ein besonderes Judengesetz! Es wird außerordentlich schwer sein, es zu schaffen, und vielleicht noch schwerer, seine Bestimmungen durchzuführen. Das Entscheidende ist aber, daß man in der Judenfrage endlich Ernst macht. Wenn der Nationalsozialismus weiter nichts leistete, als daß er das Herantreten an sie in

Digitized by Google

Deutschland durchsetzte, dann hätte er seine völkische Aufgabe schon erfüllt. Denn die Judenfrage ist, das können nur noch ganz harmlose Gemüter oder verrannte Querköpfe bestreiten, jetzt die Welt- und Lebensfrage geworden, das Schicksal nicht bloß unseres, sondern fast aller Völker der Welt hängt von ihrer Lösung ab. Ich bin sehr stolz darauf, das schon vor einem Menschenalter erkannt und immer wieder verkündet zu haben.

Eine einigermaßen deutliche Anschauung von dem, was der deutsche Nationalsozialismus will und wie er es will, geben meine Anführungen aus dem Reventlowschen Programme ja wohl. Bequeme Einführung bietet die äußerst übersichtlich und gewandt geschriebene, schon erwähnte Schrift von Artur Dinter: „Ursprung, Ziel und Weg der deutschvölkischen Freiheitsbewegung" (Alexander Duncker Verlag, Weimar), aus der hier das Urteil über die Sozialdemokratie seit 1918 angeführt sei: „Als die Sozialdemokratie in der Revolution 1918 zur Macht gelangt war, hat sie sich ganz unfähig gezeigt, dem Arbeiter die Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung zu bringen. Sie hat ganz im Gegenteil dem ausbeuterischen Wirtschaftskapitalismus zu einer so überwältigenden Machtstellung verholfen, wie er sie vor dem Kriege noch niemals innegehabt hatte. Wie die Pilze sind seit der Revolution die Banken und kapitalistischen Gesellschaften aus der Erde geschossen. An allen Straßenecken wurden neue Bankgebäude errichtet und mit einem Prunke und einer Üppigkeit ausgestattet, die in schreiendem Gegensatz zu der allgemeinen Not des Volkes steht." Auch auf die scharfe Unterscheidung zwischen dem produktiven Arbeitskapital des Unternehmers und dem unproduktiven Ausbeutekapital der Banken und Börse bei Dinter möchte ich hinweisen. — Mehr wissenschaftlichen Charakter als Dinters Büchlein trägt die auch schon genannte größere Schrift „Der nationale Sozialismus" von Rudolf Jung (Deutscher Volksverlag in München). Sie zerfällt in die drei Teile: „Grundlagen des nationalen Sozialismus", „Werdegang und Urkunden des nationalen Sozialismus" und „Ziele des nationalen Sozialismus". Der erste Teil gibt gründliche historische Ausführungen, zeigt im besonderen, wie gesund die wirtschaftlichen Verhältnisse im Mittelalter bei uns Deutschen waren, und wie dann mit dem Übergang zur reinen Geldwirtschaft alles in den Materialismus und Mammonismus hineintrieb. Jüdischer Geist und jüdisches Weltherrschaftsstreben werden natürlich auch scharf beleuchtet. „Das neue Deutsche Reich ist letzten Endes deshalb in Trümmer gegangen, weil es — wenngleich ein Staat mit überwiegend deutscher Bevölkerung — in seiner Führung und Leitung sich gänzlich undeutschen Einflüssen gefügig erwies", heißt es dann, und natürlich bekommen Sozialdemokratie, Zentrum und jüdischer Freisinn ihr Teil ab. Bei der Entstehung des Nationalsozialismus wird

Digitized by Google

auch die österreichische Entwicklung geschildert. Dann geht Jung auf Grundrente und Wertzuwachs, den Zins, Genossenschaft und Gewinnbeteiligung und all die großen Wirtschaftsfragen näher ein und gibt zuletzt auch ein Programm, das er freilich nur als Rahmen angesehen wissen will. An den Gewerkschaften hält er im Gegensatz zu Graf Reventlow fest und will durch sie die Betriebsräte geschult wissen, die er für den Auftakt zu einer gesünderen, weil unserem Volke entsprechenderen Art der Volksvertretung hält. Die staatliche Neuordnung Deutschlands schaut er im ganzen so wie Paul Tafel in seiner Schrift „Das neue Deutschland, ein Rätestaat auf nationaler Grundlage". — Selbstverständlich hat es hier wenig Zweck, die nationalsozialistische Gedankenwelt bis ins einzelne zu prüfen; es genügt zu zeigen, daß sie da ist und über die größtenteils veralteten, ja ganz hohl und leer gewordenen Anschauungen der alten Parteien weit hinausführt. Ob nach den Theoretikern der Praktiker, ob der wirkliche Staatsmann kommt, der die notwendigen neuen und lebenskräftigen Formen schafft, wird sich zeigen. Glauben dürfen wir es schon, denn die nationalsozialistische Bewegung ist eben natürlichen Ursprungs, und der Haß der Sozialdemokratie, aber auch des Zentrums und anderer bürgerlicher Parteien gegen sie beweist, daß man das empfindet.

Kann man nun aber auch den Nationalsozialismus als die wahrscheinliche Rettung Deutschlands betrachten, so muß man sich doch auch vor Illusionen hüten. Volksgemeinschaft in sozialem Geiste ist eine große Idee, aber die geistige und seelische, im besonderen die sittliche Verfassung des deutschen Volkes ist heute nicht derart, daß sie leicht ins Leben geführt werden kann. Ein guter Teil unseres Volkes ist zweifellos reaktionär, d. h. er bildet sich ein, daß die alten Verhältnisse unter Wilhelm II., der kapitalistische Monarchismus und der reine Klassenstaat, wie man wohl am einfachsten sagt, wiederkehren werden — mit ihm kommen wir Nationalsozialisten sicherlich am schwersten zusammen, obgleich es ganz anständige Leute in diesen Kreisen gibt. Weit unsympathischer ist uns das republikanische Strebertum, das sich in allen Mittelparteien von den Sozialdemokraten über Demokraten und Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei findet — es hat sich ja neuerdings in dem Reichsbanner Schwarzrotgold auch eine militärische Vorkämpferschaft geschaffen, die den Bürgerkrieg in eine gefährlich nahe Aussicht rückte, wenn man nicht doch annehmen dürfte, daß die meisten dieser Vorkämpfer, der demokratischen Grundanschauung gemäß, das Leben für der Güter höchstes hielten. Man hat das Reichsbanner schon ganz einfach als Judenschutztruppe bezeichnet — sehr fern wird es dem Judentum ja nicht stehen, wie das republikanische Strebertum natürlich auch mit diesem Hand in Hand geht. Dann kommen wir in die heute sehr breiten Regionen, wo man überhaupt nicht mehr denkt und fühlt. In der

Digitized by Google

Tat, ein sehr großer Teil unseres Volkes ist heute politisch und sozial vollkommen gleichgültig: Auto und Motorrad sind ihm sehr viel wichtigere Lebensangelegenheiten als die nationale Existenz und die Lösung der sozialen Frage, und wenn das Warenhaus Tietz seine Ballonreklame in die Welt setzt, dann fällt dieses Publikum, zu dem auch ein gut Teil der Landbevölkerung gehört, sofort auf sie hinein. Endlich wäre auch noch der ganz bösen Elemente unter uns zu gedenken, der Schieber und Wucherer, die sich zum Teil in die höhere Gesellschaft emporgeschwindelt haben, Villen- und Autobesitzer sind, und der Bolschewiken aus Raubgier und anderen gemeinen Motiven. Ich habe alle diese letzteren „Auchdeutschen" wohlweislich nicht in die Parteien, zu denen sie gehören, eingeordnet, da diese doch nicht für sie verantwortlich gemacht werden können; es gilt ja auch nur darzutun, daß eine nationale Variation von Schillers „Seid umschlungen, Millionen" doch nicht so leicht zu schaffen, die große Volksgemeinschaft eine schwierige Sache ist. Im Munde führen sie heute fast alle Parteien, aber wir völkischen Sozialisten sind zuletzt doch die einzigen, die wirklich mit ihr Ernst machen wollen, auch auf die Gefahr hin, vorher eine gründliche „Reinigung" unseres Volkes vornehmen zu müssen. Unsere Gegner ahnen das auch, und daher die furchtbare Wut gegen uns, die von den Judenblättern fortwährend aufgestachelt wird, und die unglaubliche Verleumdung. Ich erinnere nur an den schon oft wiederholten Versuch, uns zu Wotansanbetern zu stempeln, obgleich in dem Münchener Programm wie in dem Reventlowschen ein ganz bestimmtes Bekenntnis zum Christentum steht und alte völkische Führer wie ich ihr Leben lang in ausgesprochen christlichem Sinne gearbeitet haben. Bei den vorletzten Reichstagswahlen gab ein (wahrscheinlich katholischer) Geistlicher ein Flugblatt „Die völkische Bewegung als Abfall vom Christentum" heraus, das von Entstellungen geradezu strotzte und natürlich vor allem von judenfreundlichen Blättern verbreitet wurde. Es wurde dann in einer völkischen Zeitschrift unter der Überschrift „Die völkische Bewegung kein Abfall vom Christentum" widerlegt. Diese Widerlegung mag hier stehen, da sie wohl auch noch bei neuen Wahlen brauchbar sein wird.

Auch durch nichtkatholische Zeitungen wird augenblicklich ein Flugblatt, das Abdruck zweier Aufsätze der Berliner Zentrumszeitung „Germania" ist, mit der Überschrift „Die völkische Bewegung als Abfall vom Christentum" durch ganz Deutschland verbreitet, und es dürfte von ihm, da es sehr geschickt gemacht ist, wohl eine stärkere Wirkung ausgehen. Natürlich ist es im Grund ein Wahlflugblatt, das das Anschwellen der deutschvölkischen Bewegung und ihre Auswirkung bei den Reichstagswahlen verhindern soll, und, wer es gründlich nachprüft, erkennt denn auch die Wahlmache, die Schiefheiten und Unwahrheiten, die sich bei uns fast immer mit dem Parteikram verbinden. Als Verfasser wird „ein Geistlicher" genannt, die gesetznotwendige Angabe der Druckfirma fehlt —

Digitized by Google

möglicherweise werden die Blätter auf Kosten reicher Juden hergestellt und verbreitet; denn fast noch mehr als dem Ultramontanismus dienen sie dem diesem verbündeten Judentum.

Das Material, auf das sich das Flugblatt aufbaut, ist dem Buche von Alphons Steiger „Katholizismus und Judentum" (Germania-Verlag) entnommen und größtenteils ganz unzuverlässig, wie von deutschvölkischer Seite demnächst gründlich nachgewiesen werden wird. Hier muß es genügen, das für die Hauptsachen darzutun: „Es kann kein Zweifel sein, daß es bei der völkischen Bewegung um eine Abfallsbewegung nicht nur vom Katholizismus, sondern von jedem Christentum, ja von jeder Religion, um eine Bewegung zum Heidentum hin handelt." Das ist unwahr, die deutschvölkische Bewegung ist politisch, nicht religiös — das Flugblatt und weiterhin A. Steiger werfen sie ganz unberechtigterweise mit der deutschgläubigen und der deutschchristlichen Bewegung (welch letztere aber nichts weniger als „heidnisch" ist) zusammen. Es ist auch nicht wahr, daß, wie das Flugblatt behauptet, der Weltkrieg die deutschvölkische Bewegung hervorgerufen habe. Sie war lange vor ihm da, geht letzten Endes auf so ausgeprägt christlich gesinnte Männer wie Ernst Moritz Arndt zurück und hat auch unter ihren jetzigen Führern eine ganze Reihe von Männern, die entschiedene Christen sind — es seien nur H. St. Chamberlain, Hans von Wolzogen und Adolf Bartels genannt.

Die Wahrheit ist: Die heutige deutschvölkische Bewegung will weiter nichts als dem deutschen Volke die völkische Gleichberechtigung unter den Völkern der Erde wieder erringen, die deutsche Verfassung nach dessen eigenem Wesen gestalten, die verjudete deutsche Kultur wieder deutsch machen, die Herrschaft des internationalen Kapitalismus brechen und soziale Zustände schaffen, die jeden deutschen Volksgenossen zu seinem Recht kommen lassen. Zu den religiösen Fragen der Zeit hat sie als solche noch gar keine Stellung genommen, schon deshalb nicht, weil sie von Katholiken wie Evangelischen getragen wird. Doch hat Hitler in den 25 Thesen der Nationalsozialistischen Partei die folgenden Grundsätze aufgestellt: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz." Wenn man aus diesen Sätzen geschlossen hat, daß die Deutschvölkischen die Nation über die Religion stellten, so ist das vollkommen falsch: Hitler redet von den Bekenntnissen im Staate, und über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit für diesen entscheidet ja wohl doch das Sittlichkeitsgefühl der Nation, die übrigens auch Gott geschaffen hat, ganz gewiß mit der Bestimmung, daß sie sich ihrem Wesen gemäß auslebe.

Wahrhaft wüst ist in dem Flugblatt in der Tat das Durcheinanderwerfen der deutschvölkischen Bewegung und der deutschgläubigen Gemeinschaften

Digitized by Google

und Bünde. Diese wollen allerdings vom Christentume los, weil sie dieses für ein jüdisches Erzeugnis halten, aber es sind ganz kleine Kreise, die der deutschvölkischen Bewegung gegenüber gar nichts bedeuten. Nicht 5000 Menschen in ganz Deutschland und Österreich dürften ihnen angehören. Im übrigen sind auch diese Deutschgläubigen keine Wotansanbeter, wie die Zentrumsleute immer tun, wollen nicht zum alten Heidentum zurück, sondern eine geistig und sittlich hochstehende Allvaterreligion. Eine grobe Täuschung ist es, wenn man auch den Deutschbund den deutschgläubigen Bünden zuzählt: In seinen Satzungen steht überhaupt nichts von Religion, und die größere Zahl von Geistlichen, die er in seinen Reihen zählt, schließt das Bekenntnis zu einer deutschen Religion (wenn auch nicht die Forderung deutschen Geistes in der Religion) vollkommen aus. Auch die Angriffe auf den Jungdeutschen Orden, die in dem Flugblatt erfolgen, sind völlig unhaltbar: Man kann das Erbe seiner germanischen Vorfahren schätzen, ohne deshalb ein schlechter Christ zu sein. Geradezu lächerlich ist dann das Hereinziehen der deutschchristlichen Bewegung in die antichristliche: Allerdings wollen die Deutschchristen von dem Alten Testament als für Christen verbindlichem Religionsbuch nichts wissen, aber da unterstützt sie schon, abgesehen von einer sehr deutlichen Erklärung des großen Theologen Schleiermacher, die allgemein verbreitete Anschauung, daß ein Neues Testament das Alte aufhebe; allerdings halten sie Christus für einen Arier, aber auf Grund der Autorität der Bibel, die ja (1. Makkabäer 5, 23) feststellt, daß alle Juden aus Galiläa entfernt worden seien. Im übrigen wollen die Deutschchristen eine Erneuerung und Vertiefung des religiösen Lebens im Anschluß an die Persönlichkeit Jesu Christi, die sie, wie der Schreiber dieses, größtenteils wohl auch für göttlich halten.

Es mag sein, daß unter den Deutschvölkischen manche Deutschchristen sind, aber die deutschvölkische Bewegung als solche hat durchaus keine Ursache, sich das Zusammenwerfen mit allen möglichen klaren und unklaren religiösen Bestrebungen gefallen zu lassen, und die entschiedenen Deutschvölkischen lehnen einen großen Bruchteil der ihnen in dem Flugblatt zugeschobenen Männer und Strömungen rundweg ab. Jede politische Bewegung züchtet Schwärmer und Geschäftsleute, der ehrliche Gegner aber sieht über diese hinweg und hält sich an die klaren Köpfe. Diese sind in der deutschvölkischen Bewegung wirklich vorhanden: es wäre albern, Dinters klares „Evangelium" als unchristlich aufzufassen, es ist eine Gemeinheit, Adolf Bartels' Äußerung, er hoffe, daß Stresemann noch einmal seinen Mann finde, verkappterweise als Aufforderung zu einem Attentat hinzustellen, da der ehrliche und ruhige Kämpfer für das Deutschtum mit „Mann" zweifellos nur den geistigen Meister gemeint hat. Zuletzt ist das berühmte Flugblatt doch durch und durch jesuitisch und damit in den Augen aller anständigen Deutschen gerichtet.

Ja, der Kampf, den der Nationalsozialismus zu führen hat, ist schwer und wird vielleicht noch schwerer werden, aber der Sieg wird nicht ausbleiben, da sich zuletzt alle anständigen Deutschen in ihm zusammenfinden werden.

Digitized by Google

Denn er ist eben keine Parteirichtung, sondern Bekenntnis zum wahren Volkstum.

Ob ihn die nächsten Wahlen wieder fördern werden, ist natürlich schwer zu sagen. Allzuviel Mittel hat die Nationalsozialistische Freiheitspartei, der völkische Block ja nicht, und Wahlentscheidungen hängen doch zu einem guten Teil von der Durchführung einer großen Propaganda ab, die natürlich sehr kostspielig ist. Da das Judentum weiß, was auf dem Spiele steht, war es bei den letzten Wahlen noch „freigebiger", als es schon immer gewesen ist, und es gelang ihm in der Tat, einen großen Teil der ewig schwankenden Elemente auf seine, d. h. auf die Seite der ihm verbündeten Parteien zu ziehen. Da wir Nationalsozialisten aber im Grunde nicht auf Parlamentarismus und Parteiwesen eingestellt sind, haben wir, wie gesagt, diese Wahlniederlage nicht allzu schwer genommen: die Parteiwirtschaft im Reiche führt, wie auch schon gesagt, ja doch eines Tages zum Krache, die Judenherrschaft trägt trotz aller Pfiffigkeit, mit der sie durchgeführt wird, doch den Bankerott in sich — und dann ist der Augenblick gekommen, wo die entschlossene Minorität, die immer die Zukunft hat, ihre Aufgabe antreten kann. Manche meinen, daß vielleicht schon die Reichspräsidentenwahl im nächsten Jahre die Entscheidung bringen werde: bis dahin werde das Dawes-Abkommen bereits ausreichend drückend gewirkt und das Volk auch den nötigen Ekel vor dem Parteitreiben und der Judenschaft (Barmat-Skandal) bekommen haben. Ein in mehreren Zeitschriften und Zeitungen gedruckter Aufsatz von dem mir wohlbekannten Politiker H. Dietrich schlägt nun vor, Ludendorff als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Ich will ihn hier wiedergeben, um meine Ausführungen endlich bei der realen Politik landen zu lassen:

> Der Gedanke, im nächsten Jahre 1925 General Ludendorff an Stelle Fritz Eberts zum Reichspräsidenten zu wählen, greift immer weiter um sich und wird jedenfalls zur Aufstellung Ludendorffs als Kandidaten führen. Er geht von dem durchaus gesunden Empfinden aus, daß Ludendorff der bedeutendste heute lebende Deutsche ist, so etwas wie der Bismarck unserer Zeit, und daß er also in die Stellung gelangen muß, die ihm den stärksten Einfluß auf die Geschicke seines Volkes ermöglicht. Das Vertrauen, daß das Heil Deutschlands aus dem Demokratismus erwachsen werde, ist bei dem größten Teile des deutschen Volkes dahingeschwunden, man will wieder „den einen Mann aus Millionen", und da man von monarchistischen Gegenrevolutionen und Putschen nicht das Heil erwartet, schlägt man eben den einzig möglichen Weg vor, ihm die Macht zu verleihen, die er braucht.
>
> Wie das beim deutschen Volke nicht anders zu erwarten, besteht aber auch der schärfste Widerstand gegen die Kandidatur Ludendorffs. Zunächst natürlich bei den Parteien, die die heute herrschende große Koalition bilden, bei den Sozialdemokraten, dem Zentrum, den Demokraten, der Deutschen Volkspartei. Diese wissen alle sehr wohl, daß es mit ihrer Herrschaft gründlich vorbei sein

Digitized by Google

würde, wenn man Ludendorff zum Reichspräsidenten wählte, und so werden sie alles tun, um die Wahl Ludendorffs zu verhindern. Hinter ihnen steht ja das Judentum, und das empfindet deutlich, daß Ludendorff der gefährlichste seiner heute lebenden Gegner ist, ein Mann, der vor der Aufrollung der Judenfrage und der Inangriffnahme ihrer Lösung im deutschvölkischen Sinne nicht zurückschrecken würde — man braucht sich ja nur der wüsten Beschimpfung Ludendorffs in der „Vossischen Zeitung" Georg Bernhards (der sich bezeichnenderweise der beiden Decknamen „Gracchus" und „Plutus" bedient) zu erinnern. Der große deutsche Mann des Judentums ist heute Stresemann, und man könnte wohl Ludendorff und Stresemann wie Ormuzd und Ahriman einander gegenüberstellen — nur daß Stresemann selbstverständlich nicht bewußt das böse Prinzip ist, sondern sich womöglich noch einbildet, er sei der Retter des deutschen Volkes, das nur bei Gewinnung eines guten Verhältnisses zum Weltjudentum weiter bestehen könne. Die große Koalition hat aber, wie schon die letzten Reichstagswahlen gezeigt haben, nicht mehr allzu große Aussichten; es wäre möglich, daß sie bei der Präsidentenwahl bei weitem nicht die Hälfte der deutschen Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigte. Würde dies, um gleich bei der Stange zu bleiben, Fritz Ebert sein? Es ist ja das Verdienst Stresemanns, daß Ebert seinen Sitz jetzt noch innehat; aber besteht die Möglichkeit, ihn ihm noch länger zu erhalten? Gewiß würde die große Koalition die Reichspräsidentenwahl noch gern einmal einige Jahre hinausschieben, aber das geht nun doch nicht mehr gut, da Deutschnationale und Kommunisten zu stark geworden sind und rücksichtslose Gegner für den Fall sogar schon mit einem Steuerstreik drohen, und so wird man sich auf alle Fälle mit der Neuaufstellung Eberts begnügen. Aber selbst da kommen schon allerlei Bedenken: Ein sehr großer Teil der Deutschen Volkspartei wählt Ebert selbstverständlich nicht, und da nun auch ein Teil der Katholiken gegen den jüdischen Geist in der Zentrumspartei, gegen den neuen Marxismus wie gegen den alten Front zu machen beginnt, so muß die Kandidatenfrage sehr gründlich überlegt werden. Vielleicht läßt man's auf ein Experiment ankommen, und es stellt jede Partei ihren besonderen Kandidaten auf. Da hätte Ludendorff statt zwei oder drei ein halbes Dutzend Gegner.

Die Entscheidung, ob er gewählt wird, liegt natürlich bei der Deutschnationalen Volkspartei. Es ist wohl kein Zweifel, daß er jedenfalls den führenden Leuten in dieser nicht sehr sympathisch ist, und so haben diese sich den 75jährigen Tirpitz als den kommenden Mann ausgesucht und ihn schon nach dem Reichstagswahlerfolge als Reichskanzler empfohlen. Man weiß nicht, wer auf den genialen Gedanken verfallen ist — vielleicht Exzellenz Hergt, der sich natürlich darüber klar ist, daß Ludendorff ihn durchschaut und daß es unter diesem als Reichspräsidenten mit seiner Führerschaft aus wäre. Ludendorff hat sich ja auch nicht sehr liebenswürdig über die früheren „höheren" Klassen ausgesprochen und erklärt, daß er das Heil vom Volke erwarte, ist mit Hitler, der es im Weltkriege nicht einmal bis zum Feldwebel gebracht hat, Arm in Arm gegangen und kommt als Nichtadeliger für die Kreise, die die alte Zeit neu heraufführen möchten, überhaupt nicht in Betracht. An seiner großen

Digitized by Google

Feldherrnbegabung läßt sich leider nicht zweifeln, und so wiederholt man in diesen Kreisen ewig, daß Ludendorff „kein Politiker" sei. Es ist das ein Judenquatsch, wie fast alle politischen Schlagworte von den Juden für die dummen Deutschen geschaffen, und so findet er natürlich reißenden Absatz. Daß Ludendorffs Veröffentlichungen, wie „Politik und Kriegführung", den gründlichen Beweis für seine Begabung auch als Staatsmann liefern, daß sein ganzes öffentliches Auftreten seit dem Tage seiner Heimkehr nach Deutschland, im besonderen auch das im Hitler-Prozesse, durchaus gesunden politischen Sinn und Takt beweist, kann man über der schönen Phrase natürlich vollständig vergessen. Es wiederholt sich eben, was wir vom Falle Bismarck her kennen: Auch gute Deutsche wollen an den einzigen Großen, den sie haben, nicht heran, damit ihre Enkel in die Lage kommen, ihn unter Tränen mit Nägeln aus der Erde herauskratzen zu wollen.

Aber die völkische Bewegung ist da, und die geht mit Ludendorff Hand in Hand. Natürlich, da sie sich mit dem Parlamentarismus hat einlassen müssen, wird auch bei ihr allerlei Menschliches, Allzumenschliches unterlaufen, die Parteibonzen und Parteischuster, die sich in ihr zu bilden beginnen, werden ihr Maul auftun und ihre Tricks versuchen. Aber es wird ihnen nicht viel helfen, die Bewegung, die vor allem von gesunder Jugend und alten bewährten Führern, die keinen persönlichen Ehrgeiz haben, getragen wird, wird sehr rasch über sie hinweggehen. „Ludendorff ist der gottgegebene Führer, gehorcht ihm!" heißt es ganz einfach, und es wird geschehen. Einstweilen ist man in der neugegründeten Partei zwar noch nicht zu dem Gedanken der Aufstellung Ludendorffs als Reichspräsidentschaftskandidaten gelangt, aber man wird es sehr bald tun. Wenn das deutsche Volk einen Mann braucht, so muß man ihm auch die richtige Stellung geben, und der gesetzliche Weg, der zu ihr führt, ist dem deutschen Wesen am meisten entsprechend. Es war falsch, Ludendorff als Reichstagskandidaten aufzustellen; in den Reichstag (dem ich die schmückenden Beiworte hier versagen will) gehört er nicht, für ihn ist nur die höchste Würde in Deutschland gut genug. Und er wird sie erhalten! Deutsche aller Parteien werden ihn wählen, denn es gibt überall Männer und Frauen, die ahnen, was auf dem Spiele steht, wenn der Berufene nicht zur Herrschaft gelangt. Wehe der Deutschnationalen Volkspartei, wenn sie Ludendorff gegenüber den Sonderkandidaten auszuspielen wagte! Dann würde das Wort, das man ihr schon lange entgegendroht: „Gewogen und zu leicht befunden!" erwiesene Tatsache, dann käme der Haß gegen sie auf, der sie vernichten würde. Die Reichspräsidentenwahl wird für Deutschland so etwas wie ein Gottesurteil sein: Mit ihr hört die Periode der Feigheit auf und beginnt die neue Periode deutschen Mutes. Im Namen Ludendorff liegt das Heil beschlossen, nicht das für alle Ewigkeit, aber das des Wiederauflebens.

Selbstverständlich, unsere äußeren Feinde werden drohen, wenn wir Ludendorff aufstellen und wählen. Aber den neuen Kampf heraufführen werden sie nicht; denn sie wissen schon sehr wohl, daß es seine Gefahren hat, die äußerste Verzweiflung in einem Volke zu erwecken — und zu holen ist ja bei uns auch nicht allzuviel mehr, zumal da das Dawes-Gutachten vor der Reichspräsidenten-

Digitized by Google

wahl längst angenommen sein wird [der Mann hatte die richtige Ahnung]. Ihm die Grenze zu setzen, uns von ihm zu befreien, wird die erste Aufgabe Ludendorffs sein, und sie wird ihm gelingen, denn er wird den deutschen Mut hinter sich haben, der selbst, wenn er nicht zum Schwerte greifen darf, sich Achtung erzwingt. Und dann kommt die große Aufgabe der „Verdeutschung" der deutschen Verhältnisse, mit der gründlichen Umwandlung der Weimarer Verfassung beginnend: Man wird in ganz Deutschland aufatmen, wenn beispielsweise der schöne § 148: „In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben" zum alten Eisen geworfen wird. Wie sich unsere Zukunft gestaltet, kann noch niemand voraussehen, aber das ist klar, daß das politische Bonzentum verschwinden wird und berufene deutsche Männer an seine Stelle treten werden. Sie sind da, ob auch die Genies fehlen, ehrliche Arbeiter im deutschen Geiste sind da, und sie werden alle gerne die Gehilfen Ludendorffs sein. Will aber unser ärgster Feind ihr Wirken unterbinden, unsere Genesung verhindern, ruft er noch einmal die Feindschaft der ganzen Welt gegen uns in die Schranken, so wissen wir auch, was wir zu tun haben. Ich nenne hier nur das eine Wort: Geiseltheorie, das die Eingeweihten unter uns alle verstehen, und dessen Schrecken der Feind doch schon ahnt. Vielleicht führt uns aber Ludendorff glücklich am Letzten und Schrecklichsten vorbei.

Im großen ganzen, glaube ich, sind die hier geäußerten Anschauungen richtig, Ludendorff könnte, wenn nicht unser Retter, doch der Mann werden, der dem Rettungswerk den Boden schüfe. Und zwar auf gesetzliche Weise. Die Reichsregierung, die die notwendigen neuen Gesetzesvorlagen einbrächte, wäre zu bilden, und der Reichsrat, der ihnen zustimmte, wohl auch. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die immer gleich tabula rasa machen wollen, ich habe auch die Schwierigkeiten der neuen nationalsozialistischen Gesetzgebung schon hinreichend angedeutet, das aber halte ich für möglich, daß ein neuer völkisch und sozial gerichteter Reichspräsident sein Amt mit einer Erklärung über von ihm durchzuführende notwendige Reformen antritt, und daß er diese Reformen auch zielbewußt erzwingt. Allzuviel brauchte er ja zunächst nicht zu verheißen: die allgemeine Einführung des kapitaltilgenden Zinses (der ja, weil er die Neuanlage der Tilgungsquote ermöglicht, kein Eingriff in das Kapital ist), die Verstaatlichung der Reichsbank, das Verbot aller Bodenspekulation, der Ausbau der Betriebsräte, die Verstaatlichung des Anzeigewesens, die Regelung des Theater- und Kinobetriebs im völkischen Sinne und, last not least, das neue Judengesetz genügten am Ende, um den völkischen Willen zu beweisen und die deutsche Entwicklung in die neuen Bahnen zu lenken. Gewiß würde das Judentum alles Mögliche versuchen, um den neuen Anfang zu hintertreiben, und es könnte ihm ja auch unter Umständen gelingen, Frankreich für sich ins Feld

Digitized by Google

zu führen. Aber wir haben allmählich genug geistige Waffen gegen Frankreich in der Hand, und im Falle Ludendorff könnten wir uns ja auf den Fall Mac Mahon beziehen — wenn Frankreich sich nach 1870/71 seinen größten Feldherrn zum Präsidenten wählte, können wir's nach 1914—18 doch wohl auch tun. Mit dem deutschen Revanchefeldzug ist es ja einstweilen noch nichts, obgleich er eines Tages sicher kommen wird, wenn auch schwerlich um Elsaß-Lothringen. Die Rettung Deutschlands muß auf geistigem und sittlichem Gebiete erfolgen, wir müssen ein Volk im besten Sinne werden, ein Volk mit eigenen neuen Lebensformen, ein Volk mit einer wahrhaft gesunden Kultur. Mit Liberalismus und Demokratismus und internationalem Sozialismus geht das nicht, die haben alle ausgespielt, was auch der große Hermann Müller und der große Marx und der große Stresemann sagen; mit bloßen völkischen und sozialen Redensarten, wie sie die Hergt und Genossen zumal in Wahlzeiten anzuwenden pflegen, geht es aber auch nicht. Arbeit, Arbeit, Arbeit, an uns selber und an unseren Volksgenossen, Tapferkeit und Wagemut den gefährlichen Feinden des Deutschtums und den schweren Problemen der Zeit gegenüber, endlich deutsche Liebe und Treue in allen Lebensverhältnissen und über den Tod hinaus. Anders läßt es sich nicht machen. „Große Verdienste haben sich die Nationalsozialisten erworben", sagte schon vor den letzten Wahlen ein bekannter Staatsrechtslehrer. „Sie haben breite Massen zu erwecken und für den vaterländischen Gedanken zu gewinnen verstanden. Aber aufzubauen sind sie außerstande. Sie sind Wegbereiter, Vorläufer. Erlöser, die eine neue Heilslehre bringen, sind sie nicht." Wir wollen es auch nicht sein, es genügt uns, den Weg zu bereiten — den richtigen Weg! Den Erlöser sendet dann Gott.

Weimar, { Ende Oktober 1924.
Anfang Januar 1925.

Digitized by Google

Anhang.

Politische Epigramme.

National sein heißt nicht bloß
Die alte Weltmacht neu erstreben.
Das Volk allein ist wahrhaft groß,
Das stets sich schafft sein neues Leben.

Sie lernen nie das Gottesgebot,
Dem Vaterlande zu dienen,
Und wenn in Deutschland die größte Not,
Dann kauen sie Apfelsinen.

Schwatzbuden nennt man spöttisch heute,
Was einst erschien als Götterssaal.
Na, schwatzen müssen ja die Leute,
Fragt sich nur, ob in solcher Zahl.

Ja, die Deutschnationale Volkspartei —
Das „Volkspartei" ist leider Heuchelei,
Doch halten wir als national sie fest,
Wenn sie die Völkischen ehrlich gelten läßt.

Oh, seid und bleibt konservativ,
Jedoch in rechtem Sinne!
Die Legitimität wird schief,
Denkt sie nur an Gewinne.

Ihr seid die Väter, wir die Söhne —
Glaubt uns, wir lernten allerlei.
Mit Glaubenszwang und mit Gehöhne
Kommt man an uns nicht mehr vorbei.

Digitized by Google

Wir werden's den Herren nicht vergessen,
Daß sie, deutschnational benannt,
Dem Dawes-Schwindel aufgesessen,
Verraten Volk und Vaterland.

Nun freilich, man will Minister werden —
Mit wem, ist völlig einerlei.
Zur Schleifung selbst zwischen zwei Pferden
Läßt man sich hoheitsvoll herbei.

Die völkischen Gedanken mausen,
Das ist gescheit, doch nicht sehr schön.
Daneben sehen wir mit Grausen,
Daß sie sie nicht einmal verstehn.

Hitlermützen tun es nicht,
Sondern Hitlermut.
Nur nach einem Volksgericht
Wird's in Deutschland gut.

Man merkt es, daß ihr gar nichts kennt —
Wie könntet ihr sonst auf uns schelten?
Wenn doch erschien das Neue Testament,
Wie kann das Alte da noch gelten?

Ich hätte früher nicht geglaubt,
Daß es die gleichen — Termiten.
Jetzt schüttle ich nicht mehr zweifelnd das Haupt:
Ja, Juden und Jesuiten.

Du arg Gezücht, was hast du hier
Im Geistrevier zu schaffen?
Die wahren Priester schätzen wir,
Doch nimmermehr die Pfaffen.

Die frommen Bischöfe tun auf den Mund
(Frommheit, die Menschheitswert hat):
Ihr deutschen Christen sollt lieben den Hund,
Der euch schon halb verzehrt hat!

Digitized by Google

Es kommt ein großes Zentrumshassen:
Die Ratten in des Reiches Bau
Wird man in Zukunft fest erfassen,
Und ob sie noch so judenschlau.

Sonst ganz anständige Leute,
Doch im Parteiraum Pack —
Ich sage nichts weiter heute
Als: Knüppel aus dem Sack!

Von Rasse wollt ihr gar nichts hören —
Doch da ihr ja das Völkische haßt,
Wie könnt ihr drüber euch empören,
Daß man euch — an der Nase faßt?

Jude zu heißen ist jetzt ungebührlich —
Es nennen selbst die völlig klar Erkannten
Als ihre „dunkeln" Ahnen ganz natürlich
Refugiés und Emigranten.

Weltwirtschaft hat man jetzt in jedem Land,
Das heißt: der Jud' hat alles in der Hand.
So laßt uns doch, die wir die Brüder kennen,
Sie richtig die Weltschweinewirtschaft nennen.

Die demokratische Partei
Muß jeder gute Deutsche meiden.
Doch wer denn nun einmal dabei,
Lasse sich wenigstens beschneiden.

Nennt sich Sozialdemokrat
Und ist doch richtiger Bourgeois.
Wenn das noch was zu reden hat,
So sagen wir nichts als: Nana!

Auf dem Wasserloch im Sumpf
Schwamm ein großer roter Strumpf.
Arg beschmutzt und ganz zerrissen,
Hat er daran glauben müssen —
Und ich dacht bei ihm an die
Sozialdemokratie.

Digitized by Google

Täuscht euch nicht mehr: Ihr habt eu'r Spiel verloren:
Zum Herrschen wird man eben doch geboren,
Und siegt die Menge, die nicht herrschen kann,
So lenkt sie meist der allerschlechteste Mann.

Pultdeckelkonzerte muß es geben,
Damit der Reichstag zerkracht.
Ruth Fischer, der Katz und Scholemleben,
Die wissen, wie man's macht.

Ihr lieben Kommunisten,
Werdet gute Christen!
Dann dürft ihr gleich euch rüsten
Zum Zuge in die Wüsten!

Ich möchte niemals wieder wählen,
Zu eklig ward mir längst der Kram.
Verleumden, Schrei'n, Gedankenstehlen —
Dann schlürft Hanswurst den fetten Rahm.

Das Deutsche Reich mag ruhig man begraben,
Es braucht auch niemals wieder aufzustehn.
Wenn sie nur Sonntags ihren Kuchen haben,
Dann ist die Welt ganz unverändert schön.

Fasse nur das arge Leben
Unbekümmert immer so:
Gott der Herr hat's mir gegeben,
Daß ich gut sei und auch froh!

Adolf Bartels und H. Dietrich.

Roßberg'sche Buchdruckerei, Leipzig.

Digitized by Google

Digitized by Google

In demselben Verlage erschien:

Deutsche Geschichte
von Einhart

12. Auflage. 752 Seiten Groß-Oktav

In Halbleinen gebunden . . . . . GM. 11.—
In Ganzleinen (mit Goldschnitt) gebunden . GM. 15.—
In Ganzleder (mit Goldschnitt) gebunden . . GM. 40.—

Einige Urteile:

„‚Das ist's, was ich suchte', so haben schon viele gesagt, wenn sie das Einhartsche Buch eingesehen hatten. Eine deutsche Geschichte als Volksbuch im besten Sinne des Wortes."
„Hamburgisches Gemeindeblatt"

„Ich habe nie etwas gelesen, das so aus einem großen, inneren Gefühle für Zusammenhänge, für Ursachen und Wirkungen mit so seherischer Klarheit so kurz und bündig erfaßt gewesen wäre. Es ist eine Lust, die deutsche Geschichte zu lesen."
Ludwig Finckh in den „Propyläen"

„Wenn Heinrich Claß seinem Volke nichts weiter geschenkt hätte als den ‚Einhart', er wäre ein deutscher Segenspender."
Oberfinanzrat Bang in der „Deutschen Zeitung"

„Das wundervolle Buch liegt in stark erweiterter Auflage vor und enthält auch eine glänzende Schilderung des Weltkrieges... Wer seine Söhne zu deutschen Männern erziehen will, der gebe ihnen Einhart, und wer in grauen Stunden des Zweifels neuer Kraft bedarf, der schenke sich selber das treffliche Buch."
„Mecklenburger Nachrichten"

„Wir wünschen dem Verfasser und Verlag, daß das zweite Hunderttausend möglichst bald in deutschen Häusern seinen Einzug halten und die Erkenntnis der deutschen Geschichte nach völkischen Gesichtspunkten fördern möge." „Völkischer Kurier"

Wo immer Deutsche sich unterrichten wollen über die Vergangenheit, um die Gegenwart zu verstehen, wo immer deutsche Eltern ihre Kinder einführen wollen in die Schicksale ihres geliebten Volkes — wo immer in den Mühen und Lasten des Tages Erholung gesucht wird in der Höhenluft nationaler Begeisterung, dort wird die

Deutsche Geschichte
von Einhart
willkommen sein und die Herzen erheben.

Digitized by Google

In wenigen Monaten bereits die 7. Auflage

Politische Beichte eines deutschen Prinzen

Inhalt:

1. Ein Brief aus England. 2. Unsinn, du siegst... 3. Die wahren Kriegshetzer. 4. Erfüllungspolitik. 5. Moltke und Ludendorff. 6. Was muß geschehen? 7. Außenpolitik. 8. Ist Berlin eine deutsche Stadt? 9. Das gleiche Wahlrecht. 10. Der Rat der Hundert. 11. Der Niedergang der Demokratie. 12. Paris, die Wiege der Menschenrechte. 13. Der Deutsche, der Paria der Welt. 14. Der Staat ohne Steuern. 15. Die völkische Bewegung. 16. Die Auslandsdeutschen. 17. Wir und Dänemark. 18. Das Zentrum. 19. Lloyd George. 20. Großdeutschland. 21. Ausklang.

Preis in Ganzleinen geb. GM. 5.—

Deutsche, lest dieses mutige Buch eines Wissenden. Ein Wegweiser in die Zukunft und Freiheit. Anregender Stoff zum Gedankenaustausch. Geistvolle Randglossen zur Tagesgeschichte.

Unser Schuldbuch sei vernichtet!

(Écrasez l'infâme)

von

einem „Boche" im besetzten Gebiet

Umfang 5¼ Bogen. Preis 80 Pfg.

(Bei größeren Bezügen Preisermäßigung)

„Das deutsche Volk ahnt ja gar nicht, wieviel Kräfte sich zu seiner Verteidigung gesammelt haben" — so kennzeichnete kürzlich ein Deutschamerikaner die gegenwärtige politische Mentalität der Welt, die seit dem Ruhrverbrechen der Franzosen verdammt hellhörig geworden ist. Vorliegende Schrift zeigt an Hand einwandfreier Urkunden die Richtigkeit jenes Wortes hinsichtlich der wichtigsten aller politischen Fragen, der Frage der Kriegsschuld. Nie hätte man es in Deutschland für möglich gehalten, daß der Vorwurf der deutschen Kriegsschuld schon so zwingend u. durchschlagend und allgemein in allen Kulturländern widerlegt und fallen gelassen ist, und zwar ganz ohne Zutun der deutschen Regierung.

Roßbergsche Buchdruckerei, Leipzig

Digitized by Google

Stockton, Calif.

YD 091

Digitized by Google

Digitized by Google